

Politische Berichte ★

Nummer 8 / 17. Jahrgang

18. April 1996

G 7756 D Preis 2,00 DM

Nigerianerin an ihre Folterer abgeschoben

Sexuelle Gewalt als Fluchtgrund nicht anerkannt. Von Günter Haverkamp

In einem schmalen, kahlen Raum des Abschiebegefängnisses Neuss sitzt mir Jennifer Emeka gegenüber. Ihre Worte stolpern schnell und tonlos. Im März 1994 sei ihr Mann verhaftet worden, weil er für die SDP, die sozialdemokratische Partei Nigersias, Öffentlichkeitsarbeit machte. Ohne jede Gerichtsverhandlung sei er umgebracht worden. Sie stockt und beschreibt dann, was ihr selbst zustieß. Drei Monate nach ihrem Mann wird auch sie verhaftet, kommt ins Gefängnis. Nächts kommen Beamte und holen sie zum Verhör. Doch die Männer haben keine Fragen, sie vergewaltigen Jennifer. Sie wird ohnmächtig, kommt schwer verletzt in ein Krankenhaus. Von dort kann sie entkommen. Ein Freund ihres Mannes hilft zur Flucht auf dem Seeweg nach Deutschland.

Im Juli 1994 stellt sie ihren Antrag auf Asyl. Bei der Anhörung gibt sie ihre Fluchtgeschichte sehr detailliert zu Protokoll. Doch frauenspezifische Fluchtgründe werden nicht anerkannt in Deutschland. Trotz ihrer Bitte um ärztliche Betreuung, da sie immer noch Blut im Urin habe und die Verletzungen im Unterleib nicht geheilt seien, wird sie nicht untersucht. Auch nicht in Lüdenscheid, wohin sie umverteilt wird. Ihr Rechtsanwalt klagt, das Verwaltungsgericht entscheidet negativ und, was nicht nachvollziehbar ist: der Rechtsanwalt legt keine weiteren Mittel ein. Als der Abschiebescheid kommt, taucht sie unter bei einem Freund. Ein Jahr bleibt beiden, dann wird sie gefasst und kommt ins Abschiebegefängnis Neuss. Das war vor zwei Monaten.

Als eine ehrenamtliche Betreuerin auf sie aufmerksam wird, ihre Geschichte erfährt, ist es schon zu spät. Mitte März wird ein Antrag an die Härtefallkommission NRW's gerichtet. Diese bittet die Zentrale Ausländerbehörde Köln, die Abschiebung auszusetzen, bis über den Antrag entschieden ist. Doch die Kölner Behörde vollzieht. Sie lässt sich auch nicht vom Protest vieler Organisationen und Prominenten aufhalten. Der DGB-Bundesvorstand, der Hauptvorstand der ÖTV, PRO ASYL und das Komitee für Grundrechte und Demokratie - um nur einige zu nennen - faxten an das Bundesinnenministerium, das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und an den NRW-Innenminister. Alles vergebens?

Der Sprecher von PRO ASYL, Heiko Kauffmann, wendet sich per Fax an das Innenministerium. Er stellt nochmals die völlige Ignorierung sexueller Gewalt als Asylgrund heraus und fordert ein Asylfolgeverfahren für Jennifer Emeka.

Am Ostersamstag findet vor dem Abschiebegefängnis eine Demonstration

statt, angezettelt vom Komitee für Grundrechte und Demokratie und der Telefonkette Neuss. Trotz Zeitnot und Ostern kommen 50 Menschen.

Die „Lindenstraße“ wirbelt: seit längerem ist eine junge Nigerianerin in ihrer Serie, die gerade vor der Polizei versteckt wird. Hans W. Geißendörfer agiert aus Rhodos, seine Mitarbeiter schreiben an den Kölner Oberstadtdirektor Ruschmeier. Der antwortet: „Aus dem Verfahren weiß ich, daß diese Tatsachenbehauptungen von den zuständigen Behörden und Gerichten überprüft und übereinstimmend als ‘völlig unglaublich’ abgewiesen wurden.“ Wie, fragt sich, wurden die Angaben von Jennifer Emeka überprüft? Und die „Lindenstraße“ geht noch weiter und bietet in einem Fax an Kniola an, Jennifer Emeka Wohnung und Arbeit zu geben. Aber die Entscheidungsträger berührt auch dies nicht mehr. Zitat aus diesem Fax: „Versetzen Sie sich nur für eine Minute in Frau Emeka, lassen Sie sich nach Ermordung ihres Ehepartners einsperren, demütigen und vergewaltigen. Fliehen Sie unter gefährlichsten und demütigendsten Umständen - und lassen Sie sich als ‘Schübling’ wieder zu Ihren Folteren zurücktransportieren.“

Der Dienstag nach Ostern beginnt mit Hiobsbotschaften. Noch vor acht Uhr muß Stefan Thönnessen von der Telefonkette Neuss vor dem Abschiebegefängnis Neuss mit ansehen, wie Jennifer Emeka abgeholt wird. Die Aktion zur Verhinderung der Abschiebung, für neun Uhr angesetzt, geht dadurch ins Leere. Unendlich viele Telefonanrufe - ebenso viele abweisende Antworten. Der Erste Beigeordnete der Stadt Köln, Kappius, kühl: „Schön, wenn jemand Freunde hat, die sich für ihn einsetzen, aber hier muß Bundesrecht vollzogen werden. Es gibt keine Möglichkeit, die Abschiebung zu verzögern.“ Als ob im Asylrecht steht, daß Jennifer am 9.4. abgeschoben werden muß!

Am Flughafen dann der Versuch, die Passagiere zur Mitarbeit zu bewegen. Sie sollen sich weigern, an Bord zu gehen. Auch das funktioniert nicht. Zum Schluß blieb nur noch die bittere, letzte Möglichkeit. Alle sammelten Geld - es kommen 500 Dollar zusammen - die in letzter Sekunde an Jennifer Emeka ausgetragen werden, damit sie sich in Nigeria wenigstens aus dem Flughafen freikauft.

Für alle Beteiligten bleibt diese Abschiebung ein Ansporn: Frauenspezifische Fluchtgründe müssen in Deutschland anerkannt werden, jetzt!

Günter Haverkamp ist Journalist und arbeitet bei PRO ASYL mit.

Ministerpräsident Teufel fördert rechte Kaderschmiede

Stuttgart. „Es ist eine Schande, daß dem Studienzentrum Weikersheim hier die Räume zur Verfügung gestellt werden und politische Repräsentanten des Landes hier reden. An der Spitze der Ministerpräsident. Pfui, Teufel!“ Ministerpräsident Teufel, der am 13. April im Haus der Wirtschaft den 18. Jahreskongress des Studienzentrums Weikersheim eröffnete, mußte das von Werner Pfennig, VVN, anhören. Etwa sechzig Leute waren dem Aufruf von PDS und VVN gefolgt und protestierten am Samstagmorgen vor dem Haus der Wirtschaft. Frank Kaiser, AG Antifaschismus der PDS, legte bloß, daß die braune Ideologenschmiede vom Land Baden-Württemberg und aus Wirtschaftskreisen, insbesondere von Daimler und Siemens, unterstützt und finanziert wird. Werner Pfennig rief auf, „den Knoten zwischen Konservatismus und Faschismus (zu) zerschlagen“. Das Studienzentrum unter Leitung des ehemaligen Nazi-Marinerichters Filbinger ist eine braun-konservative Denkfabrik und Kaderschmiede, aus der z.B. Schlierer, Bundesvorsitzender der Republikaner,



Demonstration gegen das Zentrum im Jahr 1995

hervorgegangen: Mayer-Vorfelder, früher Kultus- und jetzt Finanzminister, war zu Anfang seiner Karriere persönlicher Referent Filbingers. Nach der Landtagswahl haben die Spitzen der konservativen Parteien keine Hemmungen mehr, dem Studienzentrum seine Hoffnung zu bescheinigen. Alarmierend ist auch, wie grob der FDP Vorsitzende Döring, demnächst stellvertretender Ministerpräsident, die Forderung der Jungliberalen abwies, die gefordert hatten, in einer Landesregierung unter Beteiligung der FDP dürfe ein Mayer-Vorfelder nicht mehr Minister sein. (ulk)



Freiheit für Hanna Krabbe!

Hanna Krabbe wurde im April 1975 als Angehörige des Kommandos Holger Meins der RAF bei der Erstürmung der Botschaft der BRD in Stockholm durch Sicherheitskräfte festgenommen. Mit der vorangegangenen Botschaftsbesetzung hatte die RAF die Freilassung aller Gefangenen aus bewaffnet kämpfenden Gruppen in der BRD durchsetzen wollen, um sie der Verfügungsgewalt des Staates und damit der systematischen Zerstörung durch die Isolationshaft zu entreißen. Ende dieses Monats soll für Hanna Krabbe das 22. Jahr ihrer Gefangenschaft beginnen. 21 Jahre in Einzel- und Kleingruppenisolation, die letzten Jahre unter modifizierten Sonderhaftbedingungen, liegen dann hinter ihr. 21 Jahres des Kampfes, der der tägliche Kampf aller politischen Gefangenen ist: der Kampf ums Überleben als Mensch, der Kampf gegen den permanenten Versuch, sie als politisch denkende Menschen zu brechen. „Mensch sein ist vor allem die Hauptsache“, schrieb schon Rosa Luxemburg als politische Gefangene, „und das heißt: Fest und klar und heiter sein, ja heiter trotz

alledem.“ Dem allerdings sind Grenzen in der Zerstörungskraft der Haftbedingungen gesetzt: Weil Hanna Krabbe weiterhin am Kern ihrer politischen Vorstellungen festhält, soll „lebenslanglich“ für sie – wie für ihre gefangenen Genossinnen und Genossen – tatsächlich lebenslange Inhaftierung, mindestens aber Haft bis zur nicht wieder behebbaren vollständigen Erschöpfung bedeuten. Sie alle brauchen die Freiheit! Hanna Krabbe muß jetzt endlich sofort und bedingungslos freigelassen werden! Das ist keine Frage des seit Sommer 1995 laufenden formaljuristischen Entlassungsverfahrens. „Entweder sie lassen uns raus und akzeptieren unsere politische Haltung und Verantwortung oder nicht“, schrieb Hanna Krabbe dazu in einer Erklärung vom Juli 1995. Freikommen wird Hanna Krabbe nur, wenn die politisch Verantwortlichen zu der politischen Entscheidung gebracht werden, sie nicht länger gefangen zu halten. Wir rufen dazu auf, die Forderung nach dieser politischen Entscheidung für Hanna Krabbes sofortige und bedingungslose Freilassung zu unterstützen. Freiheit für alle politischen Gefangenen!

gez. Elke Breitenbach, Jugendsekretärin HBV Berlin; Frank Castorf, Intendant der Volksbühne Berlin; Thomas Ebermann, Journalist, Hamburg; Peter Gingold, Teilnehmer an der Résistance, Fism; Maike Henze, Stellv. JAV-Vorsitzende UKE, Hamburg; Andreas Köhn, Vorsitz IG Medien Berlin-Brandenburg; Johann Kresnik, Leiter des Choreographischen Theaters an der Volksbühne, Berlin; Karin Kunstreichen, PR-Vorsitzende, und Dr. Timm Kunstreichen, Hochschullehrer, Hamburg; Katja Leyrer, Autorin, Hamburg; Gisela Steineckert, Schriftstellerin, Berlin; Rainer Trampert, Publizist, Hamburg; Gisela Wiese, Vizepräsidentin Pax Christi in der BRD, Hamburg; Hannelore Witkofski und Murius Giese, AK gegen Selektion und Bevölkerungspolitik, Hamburg und Bremen; Klaus Behnken, Chefredakteur, Regina Sommer, Redakteurin, mehrere Mitglieder der Redaktion „Junge Welt“ u.a.

AKTUELL IN BONN**Waffen an die Türkei: verschenkt, verkauft, geliehen**

Die Bundesregierung hat den Rückgabe-Termin für den Kampfpanzer Leopard 1A5 und die Feldhaubitze FH 70, die der Türkei bis Ende 1995 leihweise zur Verfügung gestellt worden waren, um ein Jahr bis 31.12.1996 verlängert. Begründung laut Antwort der Regierung auf eine Anfrage der Grünen: Der Kampfpanzer solle „unter verschiedenen Gelände- und Klimabedingungen getestet werden“. Die „Untersuchungen“ zur Feldhaubitze dienten der „Klärtung, ob die Produktion einer FH 70 vergleichbaren Feldhaubitze in der Türkei möglich ist.“ Also nicht nur Waffenexporte und Waffen-Verleih, sondern auch Export ganzer Waffenproduktionen.

Arbeitsplatzabbau bei der Telekom

Die Fraktion der Grünen hat eine kleine Anfrage (13/4124) zu dem geplanten Arbeitsplatzabbau bei der Telekom eingereicht. Das noch öffentliche Unternehmen, mit dessen Privatisierung zum Ende des Jahres mit der Ausgabe von Aktien begonnen werden soll, will nach eigenen Angaben 60.000 Stellen abbauen, wäre damit also das Unternehmen mit der derzeit größten Entlassungswelle. Die Grünen fragen, in welchem Ausmaß durch evtl. Frühverrentungen die Kassen der Rentenversicherer belastet werden und wie die Regierung das in Einklang bringen will mit ihrer öffentlichen Aussage, sie wolle die Frühverrentungen stoppen. Sie wollen weiter wissen, wie viele befristete Arbeitsverhältnisse bei der Telekom 1997 auslaufen und wie viele davon verlängert werden, wie viele Beamte der Telekom für eine Versetzung in Frage kommen, ob Umschulungen geplant sind und welche Mehrkosten der Bundesanstalt für Arbeit durch die Entlassungen entstehen.

Entlassungen bei der Post

Die PDS hat sich in einer kleinen Anfrage nach den geplanten Entlassungen bei der Post erkundigt. In diesem Unternehmen stehen nach Agenturmeldungen 16.000 Entlassungen an, bis zum Jahr 2000 soll der Personalbestand sogar um 35.000 Personen verringert werden. Die PDS will wissen, wie viele Beschäftigte die Post derzeit hat, um wie viele Stellen das Arbeitsplatzangebot der Deutschen Bundespost von 1990 bis 1994 bereits verringert wurde und um wie viele Posten das Arbeitsplatzangebot der Post seit 1.1.1995 verringert wurde. Auch will sie wissen, in welchem Ausmaß die Post AG ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei in die Frühverrentung entlassen hat.

In 12 Jahren 12.000 weniger Postfilialen

In den Jahren 1983 bis einschließlich 1995 sind 12.878 Postfilialen geschlossen worden. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der SPD-Fraktion hervor. Ende 1995 bestanden noch 16.971 Postfilialen. Bis Mitte dieses Jahres, so die Regierung weiter, werde die Post AG ein neues Filialkonzept vorlegen. Die Regierung wolle, so sagt sie,

bei der Prüfung dieses Konzepts auch sicherstellen, daß nach der im Grundgesetz gemachten Vorgabe auch künftig „flächendeckend angemessene und ausreichende Dienstleistungen“ angeboten werden.

Vier neue U-Boote für die Bundesmarine

Die Bundesregierung will bei deutschen Werften vier neue U-Boote des Typs U-212 in Auftrag geben. Das hat die Regierung in einer Antwort auf eine kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen (13/4225) mitgeteilt. Die Beschaffung der vier Boote soll 2,79 Milliarden DM kosten. Der Kauf von Torpedos für die U-Boote soll weitere 120 Mio. DM kosten, Kosten für die Anpassung und Erweiterung von Infrastruktur für die Boote werden auf 45 Mio. DM geschätzt. Die Entwicklung von neuen Waffensystemen und Brennstoffzellenanlagen für die Boote hatte bereits 248 Mio. DM gekostet. An jährlichen Betriebskosten werden 31 Mio. DM erwartet. Macht zusammen Kosten von über 3,1 Milliarden DM für den Ankauf der Boote – gegen welchen Feind eigentlich?

Baustart für Garching II

Der umstrittene neue Forschungsreaktor Garching II der TU München ist von der bayerischen Staatsregierung mit einer ersten Baugenehmigung gestartet worden. Der Reaktor soll jährlich 40 Kilogramm hochangereichertes, waffenfähiges Uran (HEU) umsetzen. Außer der BRD ist ein solcher Reaktor mit bombenfähigem Material seit 1978 nur noch von Libyen und der VR China errichtet worden. Die USA und zahlreiche Atomgegner, Grüne u.a. hatten gegen den Bau des Reaktors protestiert, unter anderem, weil durch eine solche Anlage auch der internationale Handel mit solchem bombenfähigem Brennstoff angeheizt werde. Die Bundesregierung und die bayerische Staatsregierung hatten diese Kritik zurückgewiesen und beharren auf dem Bau der Anlage. Die jetzt erteilte erste Baugenehmigung umfaßt noch nicht die Genehmigung für die den Einsatz der Brennelemente.

Was kommt demnächst?

Am 18. April berät der Bundestag u.a. über Anträge zur Stärkung der Rechte von Frauen und über die Weltfrauenkonferenz im vergangenen September in Peking. Die PDS hat einen Antrag zur Einrichtung einer ständigen Kommission zur Umsetzung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau eingereicht. Auf der Tagesordnung steht weiter der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Ausbildungsförderungsgesetzes, Berichte zur beruflichen Bildung, ein Antrag der SPD gegen „Anti-Personen-Minen“ und Anträge von PDS und Grünen für eine politische Lösung in Kurdistan und ein Ende der deutschen Waffenlieferungen an das türkische Regime. Am 19. April will der Bundestag über Gesetzentwürfe zur Organtransplantation beraten sowie über einen Bericht zur „Förderung der deutschen Kultur des Ostens“ – die Mittel fließen weitgehend in die Kassen der revanchistischen Vertriebenenverbände.

Keine Anklage gegen die GSG-9 wegen Mord an Wolfgang Grams**OLG Rostock lehnt Antrag der Eltern auf Anklage ab**

Das OLG Rostock hat am 29. März 1996 den Antrag von Ruth und Werner Grams, die Erhebung der Anklage gegen GSG-9-Beamte wegen Mordes an ihrem Sohn Wolfgang Grams anzuordnen, als unbegründet verworfen.

Auf 38 Seiten setzt sich das OLG mit der circa 1.200 Seiten umfassenden Antragsschrift auseinander und begründet seine Entscheidung damit, „daß die Beschuldigten der ihnen vorgeworfenen Straftat nicht hinreichend verdächtig sind und infolge dessen ihre Verurteilung in der Hauptverhandlung nicht mit der erforderlichen Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist“. Die unanfechtbare Entscheidung des OLG Rostock wird der erdrückenden Fülle der die GSG-9-Beamten belastenden Indizien und Belege in keiner Weise gerecht.

Es stellt eine völlig neue Theorie zum Tatgeschehen auf, wonach „der Verletzte sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit während des Sturzes auf die Gleise in suizidaler Absicht den Todesschuß beigebracht hat, also unmittelbar bevor er in bewegungsloser Haltung auf das Gleisbett fiel“. Das OLG benötigt diese, von keinem Sachverständigen für wahrscheinlich erachtete, Variante des Tatgeschehens als Erklärung dafür, daß die Wolfgang Grams verfolgenden GSG-9-Beamten sowie ein Teil der Zeugen keine Angaben machen konnten, wie das Loch in den Kopf von Wolfgang Grams gelangt ist.

Die beeidete richterliche Aussage des BKA-Beamten Nr. 12, der auf dem Stellwerk des Bahnhofes als Beobachter eingesetzt worden war, findet keinerlei Beachtung. Er hatte den Schußwechsel bis zum Sturz von Wolfgang Grams auf die Gleise und das Hinzuspringen der GSG-9-Beamten beobachtet.

Nach der Aussage des BKA-Beamten Nr. 12, der nach Angaben der Staatsanwaltschaft Schwerin „beste Sichtverhältnisse auf den Tatort“ hatte, befand-

den sich die GSG-9-Beamten unmittelbar hinter Wolfgang Grams, so daß ihnen ein solches Geschehen, wie es jetzt vom OLG angenommen wird, nicht verborgen geblieben sein kann.

Diesen nicht unerheblichen Widerspruch erklärt das OLG damit, daß: „... die Vielzahl der in diesem Augenblick sich darstellenden Eindrücke (Niederrütteln der getroffenen Beamten des GSG 9, Sturz des Verletzten und die sich dabei ergebenden raschen körperlichen Bewegungen) eine genaue Beobachtung infolge der Reizüberflutung unmöglich machen.“

Das hier dargestellte offensichtliche Bemühen des OLG Rostock, belastendes Aktenmaterial zu ignorieren, zieht sich wie ein roter Faden durch die Begründung des ablehnenden Beschlusses und kann mit einer Vielzahl weiterer Beispiele belegt werden.

Mit hahnenbüchernen Erklärungen führt das OLG vor, wie sich aus „Beobachtungslücken“ einiger ziviler Zeugen und der als Täter in Betracht kommenden GSG-9-Beamten schlüssig und für den Senat mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ergibt, daß das von keinem Zeugen Beobachtete das wahre Tatgeschehen darstellt. Die Aussagen der den objektiven Befund des aufgesetzten Kopfschusses bezeugenden Personen werden dagegen insgesamt als „nicht verwertbar“ qualifiziert.

Die Eltern von W. Grams fühlen sich durch die Oberflächlichkeit und Ignoranz, mit der die minutiös belegten belastenden Beweise und Indizien durch das OLG Rostock abgehandelt werden, beleidigt und brüskiert. Sie ... haben ihre Bevollmächtigten damit beauftragt, die Voraussetzungen einer Verfassungsbeschwerde und einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof zu prüfen.

Presseerklärung der Anwälte der Eltern von Wolfgang Grams, Andreas Groß und Thomas Kieseritzky, vom 9.4.96 (gekürzt)

Aussiedler gegen falsche Freunde**„Aussiedlerfreundlichkeit“ ist ausländerfeindlich**

Unter Aussiedlern in Sachsen-Anhalt, sog. „Rußlanddeutschen“, hat sich eine Gruppe von Aussiedlern gebildet, die die Aussonderung von „Auslandsdeutschen“ in Rußland und in anderen europäischen Staaten durch die Politik des Bundesinnenministeriums ebenso kritisieren wie die Sonderbehandlung von in die BRD kommenden „Aussiedlern“. Die Gruppe kritisiert diese Politik als diskriminierend und Störung des gleichberechtigten Zusammenlebens. Auf einer Konferenz der Kommunistischen Plattform der PDS Ende März in Berlin trug die Gruppe ihre Position auch öffentlich vor. Wir dokumentieren die Protesterklärung der Gruppe gegen einen in Sachsen-Anhalt in die Öffentlichkeit gebrachten Vorschlag des SPD-Innenministers von Sachsen-Anhalt, Püchel.

(rül)

„Püchels aussiedlerfreundliche Ausländerfeindlichkeit“

Minister Püchel möchte die Beschäftigung von Aussiedlern in Höhe des Sozialhilfesatzes bezuschussen. Das heißt, Betriebe, die Aussiedler beschäftigen, erhalten ein Zubrot von zirka 500,- DM.

Wir, das ist ein Kreis von Aussiedlern in Sachsen-Anhalt, verurteilen diesen

Vorschlag aus folgenden Gründen:

1. Wir sind hergekommen mit dem Anspruch, wie jeder andere Mensch in diesem Land zu leben, zu arbeiten und werden bevorzugt noch benachteiligt zu werden. Genau diese Bevorzugung durch die deutsche Außenpolitik in den Republiken der ehemaligen Sowjetunion hat Teile der Bevölkerung gegen uns aufgebracht.

2. Wir sind nicht unsolidarisch gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen. Es ist nicht einzusehen, warum wir eine Politik gutheißen sollen, die Lohnrückerkreis fördert, hier Geborene vom Arbeitsplatz verdrängt und damit Ha

erzeugt.

3. Es diskriminiert Menschen, wenn sie, nur um arbeiten zu können, noch finanziell unterstützt werden müssen.

Wir fordern Minister Püchel auf, seine Idee nicht zu verwirklichen, da sie ungerecht ist und das Zusammenleben unterschiedlicher Menschengruppen durch dumpfen Haß unmöglich macht.

Wernigerode, den 23.3.1996

(Es folgen 10 Unterschriften. Die Gruppe ist zu erreichen unter der Anschrift: „Harzer Kreis der Aussiedler“, Postfach 38, 06502 Thale.)



Jetzt ist aber Feierabend!

Bundesweite Demonstration gegen die geplante weitere Deregulierung beim Ladenschluß am 28. April in Bonn

Es ist zu erwarten, daß der Gesetzentwurf zur Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten im April und Mai im Bundestag beraten wird. Bundeskanzler Kohl erklärte jüngst als Ziel die Verabschiedung vor der Sommerpause.

Jetzt, wo die Wahlen in den Bundesländern gelaufen sind, geht es wieder voll zur Sache. Vorher allerdings hat es Zusagen bis hin zu schriftlichen Erklärungen von Bundestagsabgeordneten aus SPD und CDU gegeben, daß sie gegen den Entwurf stimmen werden. Bekannt ist solches aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Diese Leute sollten weiter beobachtet bzw. befragt werden, da namentliche Abstimmung zu erwarten ist. So können sie dann auch zur Rechenschaft gezogen werden.

„Entscheidungshilfe“ für diese Bundestagsabgeordneten war sicher auch, daß die Gewerkschaft hbv z.B. in Schleswig-Holstein über den Kreis der direkt „Betroffenen“ hinaus andere gesellschaftliche Gruppen angesprochen hat. Der Frauendachverband Schleswig-Holstein, der Sportverband Schleswig-Holstein und die Polizeidirektion Kiel-Mitte schickten Vertreter zu den „Runden Tischen“ von hbv, Einzelhandelsverband und Kirchen. Alle haben sich gegen eine Ausweitung der Öff-

nungszeiten in den Abend ausgesprochen. Es stellte sich aber heraus, daß sich vorher alle noch nicht mit dem Thema und Auswirkungen einer Ladenschlußänderung befaßt hatten. Die Polizei fährt schon jetzt beim langen Donnerstag Sonderstreife ohne zusätzliches Personal. Vereine fürchten noch größere Probleme, weiterhin Menschen zu gewinnen und zu organisieren, weil sie nicht mehr gemeinsame Freizeit haben. Noch mehr Schicht- und Nacharbeit würde auch ihrer Kampagne „Vereinsport gegen Gewalt“ zu wider laufen.

Bei Betrachtung der gesetzlichen Ladenöffnungszeiten als „Grenze des Tages“ wird deren Veränderung zur gesellschaftlichen Frage. Zu Veranstaltungen der PDS in Schleswig-Holstein wurde unter der Überschrift aufgerufen „Wer später einkaufen kann, kann auch länger arbeiten“. (*Lokalberichte Kiel*, 3/96) „Oder anders gefragt, bringen spätere Öffnungszeiten am Ende objektiv mehr Zeit zum Einkaufen? Hatten wir uns nicht auch von den Arbeitszeitverkürzungen bis hin zur 35-Stunden-Woche mehr Zeit versprochen? Aber das Gefühl ‘nie Zeit zu haben’ ist geblieben... Eine Ursache ist, daß Behördengänge, Arztbesuche, mal-eben-was-besorgen und ähnliches, was früher üblicherwei-

se während der Arbeitszeit erledigt werden konnte/mußte, immer mehr in die jetzt freie Zeit gelegt werden (müssen).“ Im Klartext: Bei Spätöffnung kann der Arbeitstag aller Beschäftigten eher mal auf 10 Stunden oder mehr ausgedehnt werden. Daß dann auch andere Dienstleister wie Kindergärten zu Spätöffnung genötigt werden, klingt bei den Befürwortern ja schon durch - bei Banken gibt es bereits den 24-Stunden-Service.

Mit Fragebögen/Anmeldebögen hat die hbv in den letzten Wochen in den Betrieben mobilisiert - zum Familien-/Betriebsausflug nach Bonn am 28. April. Die Kundgebung dort soll um 14 Uhr beginnen. Die Abfahrt der Züge und Zugsbusse kann bei den jeweiligen DGB-Geschäftsstellen erfragt werden. Den Anmeldungen zufolge werden dort nicht nur Beschäftigte aus dem Einzelhandel, sondern auch aus anderen Bereichen erscheinen

Die IG Bauen-Agrar-Umwelt (BAU) hat sich als Nachfolgerin u.a. der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten auch ausdrücklich gegen die Änderung der Ladenschlußzeiten ausgesprochen. Rund 100.000 Beschäftigte sind im Blumeneinzelhandel beschäftigt, 90% davon Frauen. (aus: „Der Grundstein“ 1/96). Diese werden von der IG BAU vertreten. (brg)

Kampf um den HBV-Lohntarif in Nordrhein-Westfalen

Für die diesjährige Tarifrunde für die Löhne und Gehälter im Einzelhandel fordert die HBV in Nordrhein-Westfalen die Erhöhung der Löhne und Gehälter monatlich um 5%, mindestens 160 DM.

Da mit soll das Endgehalt der Gehaltsgruppe I, in der etwa 80 Prozent der Angestellten arbeiten, auf 3.333 DM angehoben werden. Gefordert wird die Streichung der untersten Lohngruppe IIa, weil es keine soge-

nannte Leichtlohngruppe mehr geben soll für die schwere Arbeit im Einzelhandel.

Die Auszubildenden sollen 100 DM mehr erhalten. Wenn allerdings die Arbeitgeber bereit wären, die Auszubildenden nach bestandener Abschlußprüfung für mindestens sechs Monate in ein Vollzeitarbeitsverhältnis zu übernehmen, dann wäre die HBV bereit, dies bei der Erhöhung der Ausbildungsvergütungen zu verrechnen.

Am 22. April sind die ersten Verhandlungen in Nordrhein-Westfalen über den Lohntarif. (ant)



7./8. Mai: Sozialgipfel

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Wohlfahrtsverbände, Sozialhilfe-Initiativen, Arbeitslosen-Initiativen, Arbeitslosenverband, Kirchen u.a. bereiten für den 7. und 8. Mai einen „Sozialgipfel“ in Köln vor. Die Großveranstaltung soll im Messezentrum stattfinden und gemeinsame Standpunkte gegen den weiteren Sozialabbau formulieren. Geplant sind verschiedene Foren, u.a. zu „Arbeitslosigkeit und soziale Sicherheit“ und zur „Zukunft des öffentlichen Dienstes“ sowie die Beratung und Verabschiedung einer gemeinsamen „Charta“. Nähere Infos gibt es beim DGB-Bundesvorstand. (rül)

Gegen Rentensenkung

Als „hektischen Aktionismus auf Kosten der Rentner“ hat IG-Metall-Vorstandsmitglied Horst Schmitthennner die jüngsten Rentenpläne aus dem Bundesarbeitsministerium bezeichnet. Die Bundesregierung sei dabei, den politischen Konsens in der Rentenpolitik leichtfertig zu zerschlagen, kritisierte Schmitthennner am Montag in Frankfurt. Nach Plänen des Bundesarbeitsministeriums sollen zum Beispiel die Zeiten der Ausbildung nur noch bis zu drei Jahren auf die Rente angerechnet werden, die Höherbewertung der ersten Berufsjahre eingeschränkt sowie das Rentenalter für Frauen bis 1999 von derzeit 60 auf 63 Jahre angehoben werden. (...) Wer bei über vier Millionen Arbeitslosen die im Rentenreformgesetz 1992 festgelegte Heraufsetzung der Altersgrenze beschleunige, erhöhe noch die Arbeitslosigkeit.

Die Abwertung von Zeiten der Schul- und Berufsausbildung sei zudem ein „standortpolitischer Schildbürgerstreit“. Wer über das Rentenrecht versuche, die Ausbildung unattraktiv zu machen, erweise der künftigen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft einen Bärendienst, kritisierte Schmitthennner. (...)

Schließlich habe das Rentenreformgesetz 1992 einen breiten gesellschaftlichen Konsens darüber dargestellt, daß sich die Entwicklung der Altersversorgung an den Nettoeinkommen der Arbeitnehmer zu orientieren habe. Wer dies in Frage stelle, stelle den gesamten Rentenkompromiß in Frage. „Die Massenarbeitslosigkeit belastet die Rentenversicherung jährlich in zweistelliger Milliardenhöhe. Allein 100.000 neue Arbeitsplätze bedeuten schon 1,6 Milliarden Mark an Mehreinnahmen“, sagte der Gewerkschafter.

(aus: IGM-Pressedienst, 1. April)

Keine Einschnitte in die Lohnfortzahlung

IG-Metall-Vorsitzender Klaus Zwickel hat die Bundesregierung und die Arbeitgeberverbände aufgefordert, sofort die Debatte um Einschnitte in die Lohnfortzahlung bei Krankheit zu beenden. Wenn die Forderungen nach Abbau der Lohnfortzahlung und nach Aushebung der Tarifautonomie nicht aufhörten, drohten soziale Konflikte, „wie sie diese Republik seit langem nicht mehr erlebt hat“, sagte Zwickel am Dienstag in Frankfurt. „Wir leben in einem Sozialstaat und nicht vor Bismarcks Zeiten.“ Heute habe auch der kranke Arbeitnehmer ein Recht auf weiteren Bezug seines Einkommens - nicht mehr, aber auch nicht weniger. Zwickel wies darauf hin, daß die IG Metall bereits seit Wochen fordere, Überstunden abzubauen, um die Einstellung von Arbeitslosen zu fördern. (...) Dieser IG-Metall-Vorschlag sei von den Arbeitgebern als zu geringe Kostenersparnis abgelehnt worden. (aus: IGM-Pressedienst, 9. April)

Der britische Radiosender BBC hat nach den Aufregungen in der deutschen Presse und bei deutschen Behörden über angeblich drohende PKK-Anschläge auf deutsche Polizisten und Minister, drohende kurdische Selbstmordkommandos in der BRD nach Art der Hamas u.ä. bei der PKK etwas einfaches gemacht. Er hat nachgefragt, wie die Warnungen des PKK-Vorsitzenden Öcalan gemeint sind. Wir dokumentieren das am 4. April in BBC ausgestrahltes Interview mit dem PKK-Vorsitzenden in der vom Kurdistan-Informations-Zentrum in Köln verbreiteten übersetzten Fassung.

BBC: Wie bewerten Sie die Erklärungen von Mesut Yilmaz hinsichtlich einer politischen Lösung der kurdischen Frage? Und dauert der Waffenstillstand noch an?

Öcalan: Aus taktischen Überlegungen wurden einige Worte hinsichtlich einer kurdischen Fernsehsendung ausgesprochen. Auch in bezug auf kurdische Schulausbildung gilt dasselbe. Wir hoffen, daß dies alles in die Realität umgesetzt wird. Bisher wurden aus diesem Grund unsere militärischen Vorbereitungen nicht in Aktionen umgesetzt. Wir verhalten uns diesbezüglich abwartend und werden dies auch noch einige Zeit bleiben.

BBC: Betreffend die Situation in Deutschland: Es wird behauptet, Sie hätten gegen einige deutsche Regierungsmitglieder Drohungen ausgesprochen. Stimmt diese Behauptung?

Öcalan: Auf keinen Fall. Ich habe nicht einmal daran gedacht. Hätten wir solch eine Drohung ausgesprochen, so hätten wir nicht das Bedürfnis gespürt, dies in Form einer Erklärung kundzutun. Wäre das der Fall, so gäbe es genug ande-

re Methoden der Vorgehensweise. Solch eine Situation ist nicht vorhanden. Hiermit möchte ich das klarstellen.

BBC: Ich erinnere mich daran, wie Sie im Fernsehen gesprochen haben. Sie sagten, daß sie über Durchsetzungskraft gegen den deutschen Staat verfügen. Wenn solch eine Drohung nicht existiert, was ist dann damit gemeint?

Öcalan: Deutschland verfügt über vielfältige Interessensbeziehungen mit der Türkei. Insbesondere existieren ökonomische Interessen. Ich habe betont, daß

den deutschen Verantwortlichen habe ich bereits erwähnt, daß ich dem nicht positiv gegenüberstehe und habe diesbezüglich mein Bedauern zum Ausdruck gebracht. Des Weiteren hatten wir erwähnt, daß wir die Kontrolle, die wir über unsere Bevölkerung haben, ausnutzen werden und alles in unserer Macht stehende tun werden, um eine Wiederholung solcher Vorfälle zu verhindern. Das haben wir auch praktiziert.

BBC: Wie Sie wissen, ist Deutschland im Hinblick auf seine öffentliche Ordnung

wird, einige positive Schritte zu unternehmen.

BBC: Welche Schritte könnten das sein?

Öcalan: Soweit ich es verstehe und empfinde, wird Deutschland der Notwendigkeit seiner Verantwortung in Richtung auf eine politische Lösung nachkommen. Sollte das Gegenteil der Fall sein, so wissen wir ziemlich gut, daß sich die Kurdenproblematik sowohl in Deutschland als auch in der Türkei verstärken wird.

BBC: Was könnte in diesem Zusammenhang in Deutschland geschehen?

Öcalan: Es würde sich erschweren. D.h. die Probleme der kurdischen Bevölkerung sind doch in Wirklichkeit sehr schwerwiegend.

BBC: Welche Nachteile hätte Deutschland davon?

Öcalan: Diese Massen aufzuhalten ist sehr schwer. D.h., sie stellen beinahe die größte Minderheit dar. Wenn nun ihre Identität verleugnet wird, wenn ihnen keinerlei Rechte zugestanden werden, wenn man sich gegen sie ständig der Verbote bedient, wird diese Masse explodieren. Damit wollte ich eine objektive Realität zum Ausdruck bringen. Ich habe damit keineswegs gesagt, daß wir sie bewußt explodieren lassen und insbesondere Deutschland nicht in einen Kriegsschauplatz verwandeln werden. Es ist eine gefährliche Herangehensweise, in Schlagzeilen mich so darzustellen, ich hätte Deutschland den Krieg erklärt. Wir sind nicht so unwissend, einen solchen sinnlosen und naiven Krieg gegen Deutschland führen zu wollen.

Quelle: Pressemitteilung des Kurdistan-Informations-Zentrums Köln, 5. April 1996

Nachgefragt ...

Der PKK-Vorsitzende Öcalan zu seinen angeblichen Drohungen gegen die BRD

diese zum Angriffsziel werden könnten. Hierbei möchte ich auf den Tourismus eingehen. Sollte der Waffenstillstand beendet werden - wobei ich anmerken möchte, daß der Waffenstillstand noch andauert - und sollte sich der politische Dialog nicht entwickeln, so habe ich erwähnt, daß sich der Krieg auch in den Metropolen zuspitzen und ökonomische Angriffsziele vorwiegend der Fall sein könnten. Da Deutschland sowohl eine intensive ökonomische als auch touristische Zusammenarbeit mit der Türkei unterhält, könnte es mit einigen negativen Folgen konfrontiert werden.

BBC: Befürworten Sie Gewaltaktionen sowohl gegen türkische Geschäfte als auch gegen die Polizisten während der Demonstrationen in Deutschland?

Öcalan: Auch in den Gesprächen mit

sehr sensibel. Die Bilder von den blutig zusammengeschlagenen Polizisten im Fernsehen haben die deutsche Öffentlichkeit negativ beeinflußt. Haben Sie Verständnis hierfür?

Öcalan: Selbstverständlich. Wir bedauern dies. Jedoch darf man nicht vergessen, daß es sich hierbei im Vergleich zu den verletzten dreihundert Kurden um zwei Polizisten handelt. Ich wünschte von ganzen Herzen, daß sich die Betroffenheit, die gegenüber den zwei Polizisten gezeigt wurde, auch diesen dreihundert zuteilt wird. Natürlich hatten wir Nachteile davon. Aber dem liegt eine politische Haltung zugrunde, die dies verursachte und von der wir am meisten Nachteil. Ansonsten ist der Nachteil, den wir durch die Demonstrationen trugen, begrenzt. Ich bin der Ansicht, daß Deutschland es für notwendig erachten

Nachrichten aus dem Kriegsgebiet

Schwere Verluste der türkischen Armee

Angebliche schwere Verluste der kurdischen Guerilla und ein Ende des einseitigen Waffenstillstandes der PKK berichteten bundesdeutsche Fernsehsender am Anfang der letzten Woche. Türkische Regierungs- und Militärstellen ergänzen, mehr als 300 kurdische Guerrillas seien von der türkischen Armee im Dreieck Genc-Lice-Kulp umzingelt und könnten sich nur noch ergeben. Kurdische Stellen berichten erheblich anders. Hier zwei Meldungen der kurdischen Nachrichtenagentur DEM.

Köln, 10. April (DEM). (...) Nach den Informationen, die unser Büro erreichten, wurden 15 Zivilisten in dem Dorf Satos im Bezirk Genc/Bingöl getötet. Das Gebiet wurde von Militär-Helikoptern bombardiert, und weitere sechs Zivilisten wurden während der Bombardierung eines Wohngebiets in der Nähe des Dorfes getötet. Während tausende von Soldaten an den Operationen teilnehmen, bleiben die Kräfte der Guerilla in einer Position der aktiven Verteidigung; 94 Soldaten, 21 Zivilisten



und sechs kurdische Guerrillas haben ihr Leben verloren, und mindestens 100 türkische Soldaten wurden verwundet und ins Militär-Hospital nach Diyarbakir geschafft. (...) Während die Zusammenstöße in dem Dreieck Lice-Hani (Provinz Diyarbakir) und Genc (Provinz Bingöl) zunehmen, hat der türkische Staat eine große Zahl Truppenkommandos und Spezialeinheiten aus den Provinzen Diyarbakir, Elazig, Bingöl und Silirt mobilisiert. Die Namen von 27 gefallenen Soldaten (...) wurden durch den türkischen Generalstab bekanntgegeben, der behauptet, die Operationen seien erfolgreich. Die Leichen wurden in das Militärhospital von Diyarbakir transportiert, wo eine offizielle Zeremonie stattfand. Mehrere militärische Befehlshaber und hochrangige Offiziere und Mitglieder der Presse waren bei der Zeremonie anwesend.

Viele Zeitungen und Fernsehstationen gaben abweichende Informationen über die Verluste der ARGK-Guerilla, während die Presseabteilung des Ge-

neralstabs erklärte, 99 kurdische Guerrillas seien während der Gefechte mit den türkischen Staatskräften gefallen. Der türkische Generalstabschef Ismail Hakkı Karadayi sagte, jede militärische Operation habe ihre Risiken. „Wenn wir keine Konsequenzen aus den Schäden und Verlusten ziehen, haben wir keinerlei positive Ergebnisse“, kommentierte Karadayi. Der Sekretär des Generalstabs, Generalmajor Erol Ozkan, enthüllte, daß die PKK-Kräfte auf die Operationen vorbereitet gewesen seien. Über die eigenen Kräfte sagte er: „Verluste sind unvermeidlich.“ (...)

Erklärung des ARGK-Kommandanten Semdin Sakik

Köln, 12. April (DEM). Semdin Sakik, Kommandant der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) hat das Ergebnis von einer Woche Gefechten bekanntgegeben. Beinahe einhundert türkische Soldaten hätten ihr Leben verloren. Während der einseitige Waffenstillstand der PKK weiter in Kraft bleibt, beurteilte Semdin Sakik die

letzten Operationen in Nord-Kurdistan und erklärte, die der Türkei zur Freundschaft gerechte Hand bleibe ausgestreckt. Sakik fuhr fort: „(...) Die Türkei muß akzeptieren, daß das Problem nicht mit militärischer Logik gelöst werden kann. Die Bilanz der Operationen in Amed, Kockiri und Südkurdistan sollte das ihnen klar machen. Die Verlustzahlen des türkischen Staates sind nicht sehr wichtig für uns, der wichtige Punkt für uns ist, daß die ARGK-Guerilla ein Niveau erreicht hat, um einen erfolgreichen Krieg zu führen, der uns zum Sieg bringen wird. Sie haben nicht nur in den Gefechten mit der kurdischen Guerilla in Südkurdistan verloren, sondern auch schwere Verluste in Diyarbakir erlitten, wo sie mit mehr als 30.000 Soldaten gegen eine Handvoll Guerillas kämpften. Das Ergebnis dieser Gefechte muß sie nachdenklich machen. Wir hoffen, daß der Ministerrat, der am 25. April in Diyarbakir eine Beratung abhalten will, gegenüber diesen wichtigen Punkten objektiver ist.“ „Die Erklärungen der türkischen Militärbehörden über ihren Erfolg in den Gefechten sind unzutreffend“, sagte Sakik.

Er stellte weiter fest, die Initiative zu einer Lösung der kurdischen Frage liegt nicht in den Händen des türkischen Präsidenten Mesut Yilmaz oder des Generalstabs, sondern in den Händen von fremden Mächten und der PKK. „Das bedeutet, wenn wir unseren Guerillakrieg fortsetzen, wird der türkische Staat beim Frieden kommen müssen“, stellte Sakik fest. Zum Abschluß erklärte er, das Schicksal des kurdischen Volkes liege in seinen eigenen Händen.

Quelle: Presseerklärungen von DEM, 10. und 12. April 1996, eigene Übersetzung

USA: Neue AFL-CIO-Gewerkschaftsführung

Nirgends war das politische Vakuum in Sachen Vertretung von Arbeiterinteressen im Parteienpektrum der USA so deutlich wie im diesjährigen Vorwahlkampf, als sich der Faschist Pat Buchanan unwidersprochen in heuchlerischer Sorge um das Wohl der Arbeiter aufspielten konnte und auf die „gierigen Unternehmen“ dreinschlug.

Und wahr ist, was John S. Sweeney und Tom Donahue, zu der Zeit beide Kandidaten für die Wahl zum Präsidenten des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO, auf den Gewerkschaftsde-



Im Dienstleistungsgewerbe nehmen die Arbeitsplätze zu - bei Niedrigstlöhnen

monstrationen zum US-Tag der Arbeiter im September 1995 ausdrücklich betonten: „Ich beschloß, für das Amt des Präsidenten des AFL-CIO zu kandidieren, weil ich glaube, daß die amerikanischen Arbeiterfamilien Besseres ... von ihren Gewerkschaften verdienen ... denn die Gewerkschaften sind das einzige Sprachrohr, das die amerikanischen Arbeiter und ihre Familien haben ...“, sagte Sweeney, und Donahue führte weiter aus: „Die einzige Kraft in den USA, die stark genug ist, das Rad der Profitgier zurückzudrehen, die einzige Kraft, die stark genug ist, die Politik der Reaktion zu überwinden, sind die Gewerkschaften ...“

In der Tat, die Gewerkschaften sind die einzige Organisation von bedeutsamer Größe in den USA, die ausgesprochen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertreten. In der gegenwärtigen Phase des Angriffs der reaktionären Rechten in der Republikanischen Partei auf alle sozialen Errungenschaften der letzten 50 Jahre - soziale Sicherheit, Lohn, Streik- und Organisationsrecht, Sicherheit am Arbeitsplatz - sind Änderungen in der Führung und Strategie der AFL-CIO-Gewerkschaften von großer Bedeutung für die Arbeiterklasse.

Seit 20 Jahren sinkt der Effektivlohn der Arbeiter in den USA. Der Lebensstandard des größten Teils der US-Bevölkerung ist heute niedriger als zu Beginn der 70er Jahre. Heute reichen oft zwei Löhne nicht mehr für den Lebensunterhalt einer Familie aus. Ein zweiter Job am Abend ist keine Seltenheit mehr. „Gesundschumpfen“ und Konzentration sind ein kontinuierlicher Trend der Unternehmen seit dem Ende der 80er Jahre, verbunden mit ständigem Verlust von qualifizierten und gut bezahlten Arbeitsplätzen. Kein Ende ist in

Sicht. Die relativ niedrige Arbeitslosenrate von offiziell 5,6 % und die 624 000 neuen Arbeitsplätze im Februar, die den Aktienmarkt in einen 171-Punkte-Fall schockten wegen befürchteter Inflation, sind alle im Dienstbereich und niedrig bezahlt, Minimallohn oder etwas darüber. Besser bezahlte Stellen im Bau- und Produktionsbereich gingen zurück. Dennoch, getragen von dem unerwartet hohen Stellenanstieg stieg der durchschnittliche Stundenlohn - um „schockierende“ 3 Cents.

Der Minimallohn von gegenwärtig \$ 4,25 ist unverändert seit 1989 und steuert ein 40jähriges Tief an. Eine von Clinton propagierte Erhöhung auf \$ 4,70 und \$ 5,15 im Jahr darauf ist infolge Bob Doles Intervention im Kongreß gestrandet.

Eine weitere langfristige Entwicklung ist die steigende Diskrepanz im Einkommen zwischen Arbeitern und Top-Management. Die Spanne zwischen den obersten und untersten 20 % ist weiter als zu irgendeiner Zeit seit Beginn dieser Datenerhebung 1947. 25 der höchstbezahlten Firmenchefs bekamen 1994 um die 1,5 Mrd. \$ an Gehalt und Bonus zugeschoben, 60 Mio. \$ für jeden im Schnitt. Das ist das 4000fache des niedrigst bezahlten Arbeiters. Im Durchschnitt verdient ein Boß etwa 200mal soviel wie seine Arbeiter. Die Millionen „Entschädigung“ der Bosse stehen in direktem Zusammenhang mit dem Profit und steigender Produktivität ihrer Unternehmen, ein Barometer

sozusagen für die Profitlage der US-Unternehmen. Für die Masse der Bevölkerung: Die USA nehmen derzeit die Spitze der Spaltung in arm und reich innerhalb der Industrienationen ein - ein eklatantes Argument gegen die weit verbreitete „Weisheit“ des Kapitals und seiner Anhänger, daß, wenn es den Kapitalisten gut geht, auch was für die Arbeiter abfällt. Wir sitzen doch alle in einem Boot. Oder nicht ???

Eine Fußnote in *The Nation* (linksliberale Zeitschrift) zeigt sich total perplex über die soziale Ruhe angesichts dieser Entwicklung. In früheren Zeiten sei eine solche Lage Anlaß zu Revolutionen gewesen oder nur möglich, wenn sich ein Land im Krieg befand. Tatsächlich machen sich im bürgerlichen Lager Befürchtungen in der Presse laut, wie lange das noch gut geht, und man versichert sich gegenseitig, daß es nicht in der Tradition der US-Bevölkerung sei, sich zum Kampf zu organisieren. „Man“ suche mehr individuelle Lösungen, und die Angst um den Arbeitsplatz sei zu groß (einen dritten Job oder Arbeit nach Vorschrift oder vielleicht ein kleines individuelle Sabotage am Arbeitsplatz, das seien die derzeit praktizierten individuellen Lösungen). Eine Bemerkung des Arbeitsministers Reich gab Anlaß zu derartigen „Analysen“: „Ich glaube, die amerikanische Geschäftswelt wird sich auf einen gewaltigen Umschwung gefaßt machen müssen. Und das kann schon sehr bald sein.“

Der Streik der Arbeiter einer Bremsenfabrik von General Motors im März dieses Jahres (siehe Kasten), der Großteile des Konzerns lahmlegte, zeigte zwar, daß einige Arbeiter bereit seien zu streiken. Das sei aber mehr die Ausnahme als die Regel. Wie wunderbar man sich mit Statistiken beruhigen kann:

Organisieren ist Schwerpunkt

Das US-Außenministerium berichtet für 1995 weniger Streiks denn je zuvor in den letzten 50 Jahren und, daß der gewerkschaftliche Organisationsgrad immer noch am Fällen sei, derzeit: 15,5 % der arbeitenden Bevölkerung verglichen mit 25,2 % 1968.

Palastrevolution oder wirkliche Veränderungen

Lane Kirkland, Präsident des AFL-CIO seit 1979, war 73 Jahre alt und in der Mitte seiner achten Amtsperiode, wieder gewählt ohne Gegenkandidaten, als er im Juni 1995 seinen vorzeitigen Rücktritt ankündigte. Schon am nächsten Tag präsentierte 11 der 35 Mitglieder des Gewerkschaftsrates eine Gegenliste mit John J. Sweeney als Präsidenten, zwei Stellvertretern, komplett mit Plattform gegen Tom Donahue, dem langjährigen Adjutanten Kirklands. Offensichtlich überrascht, konnte Donahue nicht einmal einen Stellvertreter benennen und murmelte etwas in Richtung, daß es Zeit für eine weibliche Person sei.

Jedoch alles ging ohne große Krach von statthen. Donahue und seine Stellvertreter übernahmen die Gewerkschaftsführung nach Kirklands Rücktritt im August, und Sweeney und seine Liste gewannen die Wahlen auf dem Gewerkschaftstag im Oktober 95. Zum ersten Mal in der Geschichte des AFL-CIO gab es zwei Kandidaten auf dem Gewerkschaftstag und eine Podiumsdebatte, die zwar nicht viel Inhalt offenbarte, aber schon für sich allein etwas Neues war.

Sweeneys Plattform, genannt „Eine neue Stimme für die amerikanischen Arbeiter: Wiederaufbau der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung“, enthält u.a. die folgenden Punkte:

- Notfinanzierung - „mindestens 20 Mio. \$“ für Organisieren; einen Spezialfonds für Organisieren im Süden der USA; ein Zweijahresprogramm zur Ausbildung von 1000 neuen Gewerkschaftsorganisationen mit Betonung auf Frauen und Minoritäten.
- Schaffung eines nationalen, politischen Ausbildungszentrums der Gewerkschaften.
- Auf internationaler Ebene Einrichtung eines Projektes zur Beobachtung der transnationalen Unternehmen.
- Änderung der Gewerkschaftsverfassung mit dem Ziel, den AFL-CIO-Exekutivrat zu erweitern, mit vierteljährlichen Sitzungen, zu denen die Leiter von Unterstützungsabteilungen und die nicht dem Rat angehörigen nationalen Präsidenten aller Einzelgewerkschaften eingeladen werden; Einrichtung einer Arbeitsgruppe für junge Arbeiter.
- Schaffung eines Komitees 2000 mit der Aufgabe, einen „mehrjährigen stra-

tegischen Planungsprozeß durchzuführen, Ideen für Veränderungen zu sammeln und Prioritäten zu beraten“.

Jedoch der Eindruck des einvernehmlichen Wachwechsels, den das AFL-CIO-Gewerkschaftsblatt zu vermitteln sucht, scheint nicht ganz zuzutreffen. Die bürgerliche Presse berichtet, daß eine Kampagne hinter vorgehaltener Hand und schließlich die offene Revolte der elf Gewerkschaftsführer Anfang 1995 gegen den scheinbar unaufhaltsamen Mitgliederschwund Kirkland letztendlich zum Rücktritt gezwungen habe.

Am 25. Oktober 1995 wurden John J. Sweeney, Präsident der Service Employee International Union, Richard Trumka, Präsident der Mine Worker, und Linda Chavez-Thompson, Vize-Präsidentin einer Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst, mit 56 % der Stimmen gewählt.

Sweeney ist 61 Jahre alt, Sohn eines Busfahrers und einer Dienstmagd. Für Sweeney spricht, daß es ihm gelungen ist, die Mitgliederzahl „seiner“ Gewerkschaft (Dienstleistungsgewerbe) auf 1,1 Mio. zu verdoppeln, und das während der 80er Jahre, in denen alle anderen Gewerkschaften Mitglieder verloren haben. Es gelang ihm, weil er sich auf die Organisierung der niedrigst bezahlten Arbeiter konzentrierte und sie dann aggressiv für die Durchsetzung ihrer Interessen aktivierte. Die bürgerlichen Kommentatoren jammern, daß seine Methoden militant seien: Streiks, Demonstrationen und Plakataktionen, um auf die Arbeitgeber Druck auszuüben. Und daß er angekündigt habe, diese Konfrontationsstrategie fortzusetzen und dabei auch Gefängnis zu riskieren.

Richard Trumka, 46 Jahre alt, dritte Generation einer Bergarbeiterfamilie, seit 1982 Präsident der Bergarbeitergewerkschaft, brachte 1987 „seine“ UMW zurück unter das AFL-CIO-Dach. Er wird in den Medien als einer der ausgesprochenen und kämpferischsten Gewerkschaftsführer gebrandmarkt.

Linda Chavez-Thompson, 50 Jahre alt, Witwe, Tochter eines armen Landpächters, mußte schon mit zehn Jahren in den Baumwollfeldern mitarbeiten und konnte deshalb keinen Schulabschluß erreichen. In die Gewerkschaftsbewegung kam sie als Übersetzerin für die spanisch sprechenden Arbeiter. Später arbeitete sie als Organisatorin für neue Mitglieder in der AFSCME (einer Gewerkschaft im öffentlichen Dienst) in Texas, wo sie hauptsächlich Frauen und Minoritäten in die Gewerkschaften brachte. Letzten Sommer wurde sie auf einer Demonstration in San Francisco für streikendes Reinigungspersonal verhaftet. Und sie ist stolz darauf.

Laßt uns hoffen, daß sie schlimmer sind, als die bürgerliche Presse sie darstellt.

(ger, her)

Streik bei General Motors

In die vierte Woche ging Ende März der Streik der rund 2 700 Beschäftigten im Bereich Bremsenherstellung bei „General Motors“ in Dayton (USA), der durch den Ausfall von Zulieferungen faktisch die gesamten Montagebetriebe des Großkonzerns in die USA lahmlegte. Die Automobilarbeiter forderten den Verzicht auf eine neue Welle von Umstrukturierungen innerhalb des Konzerns, die mit der Ankündigung von Massenentlassungen verbunden waren. GM beabsichtigte die Aufgabe der Produktion von Bremsen-Antiblockiersystemen, die in Zukunft

der deutschen Bosch-Gruppe überlassen werden soll.

Die Konzerndirektion beschloß als Gegenmaßnahme die Verhängung von „technisch bedingter Kurzarbeit“ gegen die übrigen fast 100 000 Beschäftigten des Unternehmens und versuchte damit, die Arbeiter verschiedener Produktionsstätten gegeneinander aufzubringen. Pausenlose Verhandlungen zwischen der Direktion und der mächtigen Gewerkschaft „United Auto Workers“ (UAW) hatten bis zur letzten Märzwoche noch zu keinem Ergebnis geführt. Quelle: UZ v. 5.4., CL-Netz

Den folgenden Artikel entnahmen wir der deutschsprachigen Ausgabe der Zeitung „Le Monde diplomatique“, Beilage der „tageszeitung“ vom 12. 4. 96. Die deutschsprachige Ausgabe liegt der „taz“ einmal monatlich bei.

Wir entschlossen uns zu der ungewöhnlichen Maßnahme des Nachdrucks, weil die bundesdeutsche Presse nahezu systematisch alle Informationen unterdrückt, die die Kritik an der Rolle der BRD bei der Zerteilung und Unterwerfung Jugoslawiens unter den Weltmarkt fundieren könnten. Daß solche Informationen in der ausländischen Berichterstattung aufzufinden sind, wirft ein bezeichnendes Licht auf das Maß an freiwilliger Gleichschaltung der Medien in diesem Land.

Erwartungsgemäß stößt die Umsetzung des Abkommens von Dayton auf ernstliche Schwierigkeiten. Zwar ist die Wiedervereinigung von Sarajevo am 19. März abgeschlossen worden, doch war sie von einem Exodus der serbischen Bevölkerung begleitet. Noch hat die Muslimisch-Kroatische Föderation keine Gestalt gewonnen, und die Zukunft von Mostar ist ungewiß. Was sich derzeit vor Ort vollzieht, ist eine faktische Teilung. Bis zu den für September anberaumten Wahlen lebt Bosnien unter westlicher Verwaltung. Und der Wiederaufbau des Landes weckt mancherlei Begehrlichkeiten ...

Während die bewaffneten Streitkräfte der Nato in Bosnien damit befaßt sind, das Abkommen von Dayton umzusetzen, beschreiben Medien und Politiker die westliche Intervention einmütig als eine noble – wenn auch tragisch späte – Antwort auf die ethnisch begründeten Massenmorde und die Menschenrechtsverletzungen. Doch verschleiert diese Auffassung der Dinge eine Reihe von Faktoren, insbesondere die strategischen Interessen Deutschlands und der Vereinigten Staaten sowie die Rolle der ausländischen Gläubiger und internationalen Finanzinstitutionen, die nicht unwesentlich zum Auseinanderbrechen Jugoslawiens beigetragen haben.¹ Die Westmächte sind durchaus mitverantwortlich für die Verarmung und die schließliche Zerstörung dieser vierundzwanzig Millionen zählenden Nation. Die Reformen, die dem ehemaligen Jugoslawien von den Kreditgebern Belgrads aufgezwungen worden waren und die seit Beginn der achtziger Jahre schrittweise umgesetzt wurden, hatten ausgesprochen verheerende Folgen für das wirtschaftliche und politische Leben.

Die Eingliederung Jugoslawiens in den Weltmarkt ...

In einer Sicherheitsdirektive von 1984 (NSDD 133) mit dem Titel „Die amerikanische Politik in Jugoslawien“ hatte die Reagan-Regierung die jugoslawische Ökonomie trotz der politischen Blockfreiheit Belgrads und ungeachtet seiner intensiven Wirtschaftsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft als „hochsensibel“ eingestuft. Einezensierte Fassung dieses Dokuments, das erst 1990 in den Papierkorb wanderte, lehnte sich stark an eine vorangegangene Direktive aus dem Jahre 1982 über die nationale Sicherheit in Osteuropa (NSDD 4) an. Sie redete „verstärkten Anstrengungen“ das Wort, um mittels der Wiedereingliederung dieser Länder in den Weltmarkt „eine sanfte Revolution auszulösen und den Umsturz von kommunistischen Regierungen und Parteien herbeizuführen“.²

Die unter dem Druck der internationalen Kreditgeber verwirklichten Reformen führten in der Tat zum Verfall des Industriesektors und zum Abbau

der sozialen Errungenschaften. In rasantem Tempo sank das Industriewachstum auf 2,8 Prozent für den Zeitraum 1980 bis 1987, dann, in den Jahren 1987 bis 1988, auf null, bis es schließlich 1990 einen Tiefstand von minus 10,6 Prozent erreichte.

... für zu seiner Zerstörung

1989 versprach Washington dem damaligen Premierminister Ante Markovic eine bedeutende Finanzhilfe, wenn im Gegenzug Wirtschaftsreformen durchgeführt würden: eine neue und abgewertete Währung, Einfrieren der

Wege geleitet, dessen Ziel die Liquidierung der maroden Unternehmen war. In weniger als zwei Jahren verschwanden mehr als tausend Betriebe, und zwar in erster Linie solche im Elektronikbereich, in der Ölraffinerie, dem Maschinenbau, dem Engineering und der chemischen Industrie, die als gesellschaftliches Eigentum in den Händen der Beschäftigten waren. Damit einher gingen Einbrüche im Lohn-, Sozial- und Beschäftigungsbereich, was in der Bevölkerung ein Klima der Hoffnungslosigkeit schürte.

Die Wirtschaftsreformen, die man nun den Nachfolgestaaten des ehemaligen

kroatischen Bereichs bereiteten Verhandlungen mit den Institutionen von Bretton Woods auf. Das 1993 von der Regierung Tudjman unterzeichnete Abkommen mit dem IWF, das zu massiven Haushaltsskürzungen verpflichtet, wirkte den kroatischen Bemühungen entgegen, die landeseigenen Produktivkräfte zu mobilisieren, und setzte dadurch den Wiederaufbau der kriegszerstörten Wirtschaft aufs Spiel. Für diesen Wiederaufbau werden schätzungsweise 23 Milliarden Dollar benötigt, die zwangsläufig eine neue Auslandsverschuldung erforderlich machen. Ohne eine Umverteilung seiner Schulden würde allein die Tilgung der jetzigen Außenstände für Zagreb über Jahrzehnte hinweg eine unheheure Belastung darstellen.

Um weitere Kredite zu erhalten, stimmte also die kroatische Regierung zusätzlichen Reformen zu, die erneut Schließungen von Betrieben und drastische Lohnkürzungen nach sich zogen. So stieg die offizielle Arbeitslosenrate von 15,5 Prozent 1991 auf 19,1 Prozent im Jahr 1994.³ Darüber hinaus wurde ein Gesetz verabschiedet, das in Konkursfällen ein wesentlich rigideres Vorgehen vorsieht und die Aufteilung der großen staatlichen Dienstleistungsbetriebe härter voranzutreiben erlaubt.⁴

Makedonien ging denselben Weg. Seine Regierung willigte im Dezember 1993 ein, die Löhne zu senken und die Kredite einzufrieren, um zur Unterstützung der „Systemtransformation“ vom IWF Kredite zu erhalten. Indes wurde das Geld nicht dazu verwendet, den „Wiederaufbau“ zu finanzieren, sondern um Skopje die Tilgung von Rückständen bei der Weltbank zu ermöglichen. Wie sein kroatischer Amtskollege mußte auch Branko Crvenkovski im Gegenzug für eine Umschuldung sogenannte „Konkursbetriebe“ schließen und „überschüssige“ Arbeitskräfte – das heißt die Hälfte aller in der Industrie Beschäftigten! – entlassen. Auch hier ist die IWF-Therapie nur die Fortsetzung des 1989 noch zu Zeiten der Bundesrepublik Jugoslawien lancierten „Konkurs-Programms“. Finanzminister Ljubo Trpevski vergißt die Sparpolitik und die Einschnitte in den öffentlichen Dienstleistungen wie etwa im Bildungs- und Gesundheitsbereich, wenn er vor der Presse stolz erklärt, daß „die Weltbank und der IWF Makedonien zu den Ländern zählen, die bei den derzeitigen Übergangsreformen die besten Erfolge erzielt haben“. Der IWF seinerseits hat die makedonische Regierung zu ihrer „wirksamen Lohnpolitik“ beglückwünscht.⁵

Kostspieliger Wiederaufbau

Auch in Bosnien, wo die Nato-Truppen über einen bedrohten Frieden wachen, hat der Westen inzwischen die Karte auf den Tisch gelegt und ein „Wiederaufbauprogramm“ vorgestellt, das dem Land jede wirkliche politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit verweigert. Sein erklärtes Ziel: Bosnien-Herzegowinas wirtschaftliche Entwicklung als ein unter Nato-Besatzung und westlicher Verwaltung aufgeteiltes Territorium.

Auf der Grundlage des Abkommens von Dayton vom November 1995 bauen die USA und die Europäische Union eine ausländische Verwaltung in Bosnien auf. An deren Spitze steht der jugoslawien-Beauftragte der EU, Carl Bildt, ehemaliger schwedischer Ministerpräsident und Vertreter der EU bei den Friedensverhandlungen. Er besitzt die Entscheidungsvollmacht in allen zivilen Fragen und das Recht, sich über Einwände der Muslimisch-Kroatischen Föderation und der Republik Srpska der bosnischen Serben hinwegzusetzen. Er handelt in enger Absprache mit

Bosniens heimliche Machthaber

Die Hilfe des Westens hat ihren politischen Preis
Von Michel Coussudovsky

Löhne, deutliche Reduzierung der Staatsausgaben und Abschaffung der selbstverwalteten Betriebe, die Eigentum der Arbeitnehmer waren.⁶ Die so gewonnenen Einnahmen des Bundes dienten allerdings dazu, Schuldzinsen beim Pariser und Londoner Club (den informellen Zusammenschlüssen der jeweiligen Geschäftsbanken) zu begleichen, statt in die Republiken zurückzufliessen, die wirtschaftlich sich selbst überlassen blieben. Damit zerstörten die Reformer die fiskalische Struktur des Bundesstaates und versetzten zugleich seinen politischen Strukturen den Todessstoß. Denn die Finanzkrise, deren Verursacher der Internationale Währungsfonds (IWF) war, schuf wirtschaftlich eine „vollendete Tatsache“, die die Abspaltung Kroatiens und Sloweniens im Juni 1991 teilweise vorbereitete.⁷

1989 wurde zudem mit Hilfe westlicher Berater ein „Konkurs-Programm“ in die

Jugoslawien auferlegt hat, sind offensichtlich die Fortsetzung jener Reformen, die noch zu bundesstaatlichen Zeiten in Gang gebracht wurden. Vor dem Hintergrund eines brutalen und zerstörerischen Krieges waren die Aussichten auf einen Wiederaufbau für die jungen unabhängigen Republiken mehr als düster. Die Neuverhandlung der Schuldfrage war – was von den Medien nahezu gänzlich unterschlagen wurde – westlicher Bestandteil der Friedensbemühungen. Die Neuaufstellung des ehemaligen Jugoslawien fand unter dem wachsamen Auge seiner Gläubiger statt und ging mit der Schuldenuferung unter den neuen Republiken einher.⁸

Die Nachfolgestaaten werden an die Kandare genommen

Während noch die Waffen sprachen, nahmen Kroatien, Slowenien und Ma-



Bundeswohrkonzert in Bosnien

dem Oberkommando der Ifor-Truppen und den Krediten gewährenden Organisationen. Überdies wurde eine internationale zivile Polizei geschaffen, die ein von UN-Generalsekretär Boutros Ghali ernannter Kommissar – ein Exiljugoslawe – befehligt. Die 1700 Polizisten aus 15 Ländern sind, nach einer nur fünfjährigen Ausbildung in Zagreb, mehrheitlich zum ersten Mal auf dem Balkan.

Die parlamentarische Versammlung, die gemäß der im Dayton-Abkommen vorgesehenen Verfassung bereits ins Leben gerufen wurde, dient vor allen Dingen als „offizieller Puffer“. Hinter dieser institutionellen Fassade bleibt die politische Macht im neuen Bosnien in den Händen einer „Parallelregierung“, die aus dem Jugoslawien-Beauftragten und seinen ausländischen Beratern besteht. Artikel 7 des Verfassungsentwurfs sieht vor, daß der Erste Gouverneur der Zentralbank vom IWF ernannt wird und „weder Staatsbürger Bosnien-Herzegowinas noch eines Nachbarstaates sein kann“. Derselbe Artikel erklärt, daß die Zentralbank nicht das Recht hat, als eine Zentralbank zu handeln: „Während sechs Jahren ... kann sie keine Kredite mit dem Effekt der Geldschöpfung vergeben, sondern in dieser Hinsicht nur als einfache Emissionsbank fungieren.“ Kurz, wie für die anderen Nachfolgestaaten Jugoslawiens ist auch für Bosnien-Herzegowina die Möglichkeit von Anfang an begrenzt, den Wiederaufbau ohne eine stark anwachsende Auslandsverschuldung selbst zu finanzieren.

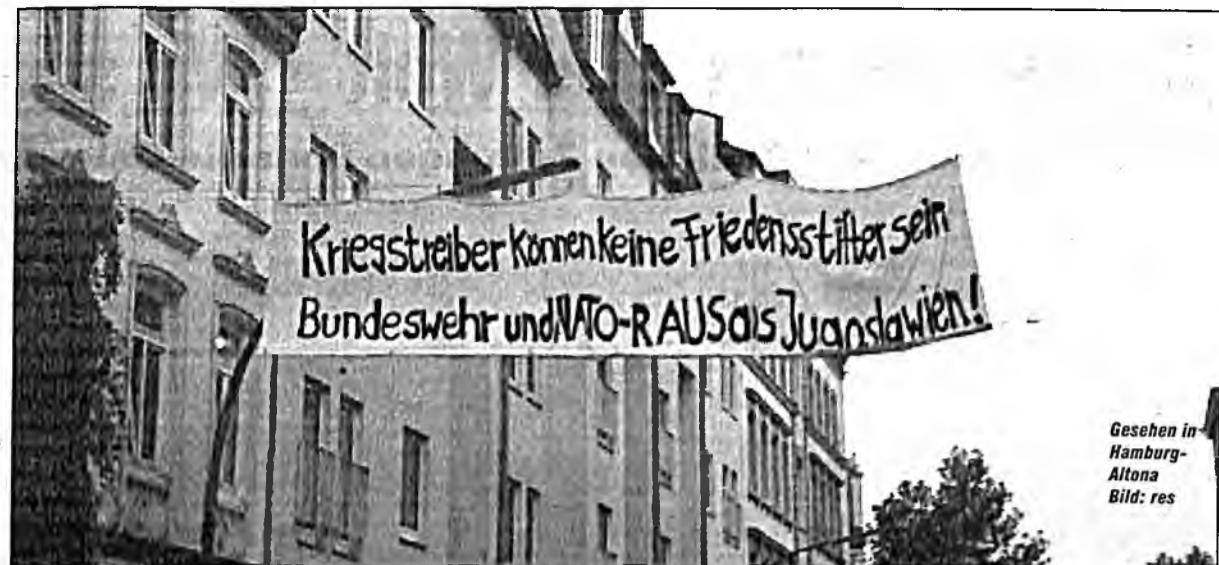
Die Aufgaben, die mit der Verwaltung der bosnischen Wirtschaft verknüpft sind, wurden sorgfältig unter den Geberorganisationen aufgeteilt. Der IWF überwacht die Zentralbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung steht an der Spitze der Kommission der öffentlichen Unternehmen, die sämtliche Geschäfte aller Betriebe des öffentlichen Sektors führt: Energie- und Wasserversorgung, Post, Straßen- und Eisenbahnwesen und so weiter.

Der Präsident derselben Bank für Wiederaufbau und Entwicklung benennt zugleich den Vorsitzenden der Kommission, die im übrigen auch mit der Umstrukturierung des öffentlichen Sektors beauftragt ist – also mit dem Verkauf der Staatsbetriebe sowie jener Unternehmen, die gesellschaftliches Eigentum sind – und mit der Beschaffung von langfristigen Investitionsmitteln.

Eine merkwürdige Verfassung: Westliche Kreditgeber verfassen auf die Schnelle ein Dokument, das ihre eigenen Interessen schützt, indem es Personen, die keine bosnischen Staatsbürger, sondern Vertreter westlicher Finanzinstitutionen sind, ausführende Funktionen im Staatsapparat zuschanzt; keine konstituierende Versammlung und keine Absprachen mit Organisationen der Bürger von Bosnien-Herzegowina; keine Möglichkeit einer Verfassungsbeschwerde ...

Nach Auskunft der bosnischen Regierung werden sich die Kosten des Wiederaufbaus auf 47 Milliarden Dollar belaufen. Die Weltbank und die Europäische Union haben sich verpflichtet, in den nächsten drei bis vier Jahren 5 Milliarden Dollar bereitzustellen, davon 500 Millionen als Soforthilfe. Doch am 20. Februar 1996 warf Carl Bildt dem Westen vor, bis dahin erst 250 Millionen Dollar angewiesen zu haben. Die Frage wird bei der erneuten Sonderkonferenz über Bosnien, die für den 12. April in Brüssel geplant ist, auf der Tagesordnung stehen. Dort könnte eine Freigabe der ausstehenden 250 Millionen Dollar und eine Zusage über wenigstens 1,3 Milliarden für die kommenden zwölf Monate erreicht werden.

Doch haben die Vereinigten Staaten ihren Anteil auf maximal 600 Millionen



Gesehen in
Hamburg-
Altona
Bild: res

Dollar für die nächsten drei Jahre festgeschrieben und die EU den ihren auf 1 Milliarde.⁴ Man ist von dem ursprünglichen Betrag also noch weit entfernt, zumal man weiß, daß nach dem Abkommen von Dayton ein Teil dieser Gelder dazu dienen soll, die vor Ort anfallenden Kosten für die Aufstellung der Ifor-Truppen zu decken sowie Schuldenrückstände bei den internationalen Kreditgebern zu tilgen.⁵

Um es offen zu sagen: Die Regierungen und Unternehmen interessieren sich auch für die natürlichen Ressourcen Bosniens – für die vorhandenen wie die potentiellen. Glaubt man den Unterlagen, welche sowohl die bosnischen Kroaten wie die bosnischen Serben in Händen halten, so wurden unter den östlichen Hängen des Dinarischen Gebirges Kohle- und Öl vorkommen entdeckt. Es handelt sich um jene Gegend, aus der die kroatische Armee während der Kämpfe in der Krajina, die vor dem Abkommen von Dayton stattfanden, die aufständischen bosnischen Serben vertrieb.⁶ Bosnische Beamte weisen auch darauf hin, daß sich unter den ausländischen Gesellschaften, die in Bosnien Bohrungen vorgenommen haben,

der amerikanische Ölkonzern Amoco befindet. Schließlich soll es „bedeutend“ die Erdölvorkommen in dem Teil Kroatiens geben, der von den Serben gehalten wird, nämlich am anderen Ufer des Flusses Sava in der Region von Tuzla⁷, also im Umkreis jener Stadt, in der das Hauptquartier der amerikanischen Militärzone eingerichtet wurde.

1 Vgl. Sean Gervasi, „Germany, US and the Yugoslav Crisis“, Covert Action Quarterly, Nr. 43, Winter 1992-1993

2 Sean Gervasi, ebd.

3 Im Rahmen der „Sozialistischen Marktwirtschaft“ gab es in der jugoslawischen Wirtschaft neben den Staatsbetrieben eine Großzahl von Unternehmen, die einem Arbeiter- oder Angestelltenkollektiv gehörten. Diese Form des „gesellschaftlichen Eigentums“ darf nicht verwechselt werden mit dem „Staatseigentum“.

4 Vgl. Catherine Samary, „La Yougoslavie à l'épreuve du libéralisme réellement existant“, Le Monde diplomatique, Juli 1991, und Michel Chossudovsky, „Global Poverty“, Penang (Third World Network) und London (Zed Press) 1996.

5 Im Juni 1995 hatte der IWF die Aufteilung der Schulden in Höhe von 10 Milliarden Dollar nach folgendem Schlüssel vorgeschlagen: Serbien und Montenegro sollten sich verpflichten, 36,52 Prozent der Schulden zu übernehmen, Kroatien 28,49 Prozent, Slowenien 16,39 Pro-

zent, Bosnien-Herzegowina 13,2 Prozent und Mazedonien 5,4 Prozent (vgl. Le Monde, 10. Februar 1996).

6 Vgl. „Zagreb's About Turn“, The Banker, London, Januar 1995, S. 38

7 Diese „Reform durch Zergliederung“ in Ost-Europa läßt sich nachlesen in Ezra Benathur und Louis S. Thompson, „Privatisation Problems at Industry Level, Road Haulage in Central Europe“, World Bank Discussion Paper, Nr. 182, Weltbank, Washington, Kapitel 3.

8 International Herald Tribune, 20. Februar 1996

9 Nach dem Abkommen zwischen der Republik Bosnien-Herzegowina und der Nato entrichtet das Nato-Personal keine Steuern. Außerdem wird ein Teil seiner vor Ort entstehenden Kosten von der bosnischen Regierung gedeckt: „Die Regierung der Republik Bosnien-Herzegowina stellt kostenfrei die Einrichtungen zur Verfügung, die die Nato für die Vorbereitung und Durchführung ihrer Operationen benötigt.“

11 Frank Viviano und Kenneth Howe, „Bosnia Leaders Say Nation Sits Atop Oil Fields“, The San Francisco Chronicle, 28. August 1995

12 Frank Viviano und Kenneth Howe, ebd.

Der Autor ist Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Universität von Ottawa.

Deutsche Übersetzung: Eveline Passet, Zwischenüberschriften v.d. Redaktion

Nachrichten aus dem östlichen Europa

BRD-Energiekonzerne besetzen Schlüsselpositionen im östlichen Europas

Um die Stromversorgung im Norden und Nordosten Europas künftig noch enger miteinander zu vernetzen, haben sich die Energieversorger Vattenfall AG (Schweden), Imatran Oy (Finnland) und SK Power Company (Dänemark) sowie der bundesdeutsche Energiekonzern PreußenElektra in einem Konsortium zusammengeschlossen. Diese „Baltic Ring Study Group“ soll innerhalb von zwei Jahren untersuchen, welche Kosten und welche Vorteile für die einzelnen Länder entstehen. Die Kosten von 5 Mio. ECU trägt zu 50% das Konsortium, die andere Hälfte der Studienkosten trägt die Europäische Union. Für die PreußenElektra besonders interessant: neben den genannten Unternehmen arbeiten in dem Konsortium von Beginn an auch Vertreter aus Polen, Estland, Lettland, Litauen, Rußland und Weißrußland mit.

Die RWE Energie AG wird stärker mit der „Oberschlesischen Elektrizitätsversorgungsgesellschaft AG“ in Gliwice zusammenarbeiten. Das polnische Energieversorgungsunternehmen versorgt im Südwesten des Regierungsbezirks Katowice 1,2 Millionen Kunden mit Strom. Es ist damit die größte der

33 Verteilergesellschaften in Polen. RWE will im Rahmen dieser Kooperation nach eigenen Angaben vor allen Dingen bei Fragen der Stromverteilung, der ökonomischen Unternehmensführung, des Projektmanagements sowie der Preis- und Tarifpolitik zusammenarbeiten. Solche Kooperationen gibt es schon mit der polnischen Nertzgesellschaft PPGZ in Warschau und mit dem Verteilunternehmen ZZE in Zielona Gora. (mio)

Ein neues Buch zu den russischen Parteien

Unser Autor, von dem wir in den letzten Monaten mehrere Artikel über russische Parteien veröffentlichten, legt der Öffentlichkeit jetzt, rechtzeitig vor den Präsidentschaftswahlen, sein Buch vor:

Ernst Laboor, Wieviel Parteien braucht Rußland? Parteien und politische Organisationen vom Ausgang der achtziger Jahre bis zu den Dumawahlen im Dezember 1995, Berlin 1996, 240 S., DM 38,80.

Der Autor spürt den Wurzeln der frühen Parteienbildung in Rußland an der Wende von den achtziger zu den neunziger Jahren nach, die bis in die Dissidentenbewegung und die Bewegung der „Nichtformalen“ seit den

sechziger Jahren zurückreichen. Er zeigt, wie die einstmals allein herrschende KPdSU unter dem Ansturm einer massenhaften Demokratiebewegung auseinanderbrach, und gibt einen Überblick über die hauptsächlichen Parteien, politischen Organisationen und Parteienbündnisse und ihre führenden Persönlichkeiten, die in Kurzbiografien vorgestellt werden. Auf der Grundlage reichhaltiger Materialien – Originaldokumente, Äußerungen russischer Politiker und politisch Aktiver, wissenschaftlicher Untersuchungen – analysiert er die Umgruppierungen der politischen Kräfte und des Parteiengefüges, die sich aus den Ereignissen des August 1991 und der Zerschlagung der Sowjetunion, dem Einsatz von Panzerkanonen gegen das gewählte Parlament und den Parlamentswahlen 1993 und 1995 ergaben sowie die gegenwärtige politische Landschaft im Vorfeld der Präsidentenwahl. Literaturverzeichnis, Personenregister und Parteienregister machen den Band zu einer wichtigen Hilfsmittel für alle, denen an schneller und zuverlässiger Information gelegen ist.

Zu bestellen ist das Buch bei der:
FIDES
Verlags- u. Veranstaltungsgesellschaft,
Waldowallee 87, 10318 Berlin.

Bundeswehr in aller Welt – Wir sagen Nein!

Berichte aus linken örtlichen Zeitungen über die Ostermarsche

Hamburg

Es waren über 1000 Menschen, die unter dem Motto: „Abrüsten statt Umrüsten“ auf die Straße gingen. In den Debatten zur Vorbereitung der Demonstration wurden zum Teil recht radikale Forderungen in den Aufruf aufgenommen, wie das Ziel der Abschaffung der Bundeswehr, und es wurde ein Zusammenhang der Militarisierung zur Migration und Flucht von Menschen in die BRD und die entsprechende restriktive Ausländerpolitik angedeutet. Mit den inhaltlichen Diskussionen über politische Inhalte der gemeinsamen Aktion wurde der Zustand, wie er vor einigen Jahren existierte, überwunden, in dem der Ostermarsch eine jährliche Traditionsvorberichtungen von VeteranInnen der Friedensbewegung war. Der Charakter eines Familientreffens alter FriedensaktivistInnen konnte jedoch noch nicht aufgehoben werden:

Es gelang nicht, in nennenswertem Umfang neue Kräfte hinzuzugewinnen. Zwar gab es in den Gewerkschaften Debatten um den Ostermarsch, die auch zu entsprechenden Beschlüssen, den Ostermarsch zu unterstützen, führten. Auch eine Reihe von prominenten Sozialdemokraten unterzeichneten den Aufruf.

nach Hamburger Lokalberichte, Markus Gunkel

Ruhr

Oft schon totgesagt, zählte der Ostermarsch Ruhr auch in diesem Jahr mehrere hundert TeilnehmerInnen und Teilnehmer. Wie auch im letzten Jahr war die Beteiligung an der Fahrradetappe von Essen nach Bochum-Langendreier mit rund 100 Teilnehmern am schlechtesten, an der letzten Etappe in Dortmund mit knapp 500 Teilnehmern am Besten, darunter viele Kurden. Den Abschluß des Ostermarsches bildete ein

breites Kulturprogramm im Dortmunder Fritz-Hessler-Haus. Peter Gingold (VWN-BdA) erklärte auf der Kundgebung: „Auf dem Marsch von Bochum hörte ich von manchen sagen, wir hätten doch mehr sein müssen ... angesichts dessen, daß wieder deutsche Soldaten auf fremdem Boden im Kriegseinsatz sind ... Die meisten sind jedoch nicht beunruhigt, wie z. B. Anfang der 80er Jahre bei der Stationierung der amerikanischen atomaren Erstschlagwaffen, als die Friedensbewegung hun-

mehreren Gründen gewählt worden: Zum einen wegen des dort stationierten Jagdbombergeschwaders Boelcke, einem Teil der schnellen Eingreiftruppe der Bundeswehr, und seiner atomwaffentragenden Tornados. Zum zweiten wegen der in Schloß Nörvenich gezeigten Werke des Nazi-Bildhauers Arno Breker und zum dritten wegen des Nörvenicher Flüchtlingsheims, das von Brandexperten als Todesfalle bezeichnet wurde.

nach Lokalberichte Köln, tri

auf die Straße. In Mannheim hatten die Ostermarschveranstaltungen am Karfreitag begonnen mit einer Kundgebung, an der ungefähr 300 Menschen teilnahmen. Am Ostermontag setzten die Mannheimer die Aktivitäten fort mit einem Ostermarsch im „Panzerwald“.

Die größte Veranstaltung in Baden-Württemberg gab es mit ungefähr 500 TeilnehmerInnen in Marbach am Neckar. Initiativen aus Stuttgart, Heilbronn, aus Backnang, aus Leonberg und aus Marbach hatten zu einem Oster-



Hamburg: Bild res

Baden-Württemberg

Ostermarsche unter dem Motto „Bundeswehr in alle Welt - Wir sagen Nein!“

Auch in Baden-Württemberg regt sich die Friedensbewegung

Das Friedensnetz Baden-Württemberg wertet die Ostermarschaktivitäten als Erfolg. Die Tatsache, daß in Baden-Württemberg auch in diesem Jahr zwei Ostermarsche stattgefunden haben, sei Beweis für die Beharrlichkeit der Friedensbewegung, mit der sie gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr eintritt. In Mannheim und in Marbach gingen insgesamt etwas über 1000 Menschen

marsch und einer abschließenden Kundgebung am Ostermontag aufgerufen.

nach Kommunale Ber. Stuttgart

Mannheim

Ein Vertreter des Vorstandes des Kulturvereins Kurdistans e.V. in Mannheim forderte Unterstützung für eine politische Lösung in Kurdistan ein. Der Krieg ruiniere die türkische Gesellschaft und verhindere die Demokratisierung in Türkei und Kurdistan. Er wies die Pressebehauptungen zurück, die PKK wolle deutsche Politiker und Polizisten erschießen.

nach Kommunales Info Mannheim



2000 Atomkraftgegner demonstrierten am Sonntag, den 14. April, gegen den bevorstehenden Atommülltransport nach Gorleben. Ein Großaufgebot von Polizei und Bundesgrenzschutz verhinderte die geplante, öffentlich angekündigte Demonstration. Trotzdem fanden zahlreiche Blockade-Aktionen statt, wie die auf diesem Foto dargestellte Schianonblockade. Die Polizei griff brutal durch und setzte Waffenwirfer und anderes schweres Material ein. Für die kommenden Tage sind weitere Aktionen angekündigt.

Interessenten für 1 000 Volksaktien der Stadtwerke

Frankfurt. Der Frankfurter Stadtkämmerer Tom Königs will durch den Verkauf von Teilen der Stadtwerke-Bereiche Wasser und Strom den Kapitalbedarf der Stadtwerke GmbH decken. 30 % der Anteile minus eine Aktie sollen als Aktien im Nennwert zu 5 DM ausschließlich an Frankfurter Bürger verkauft werden, die dadurch auch Einfluß auf die Geschäftspolitik nehmen könnten. 20 % sollen an internationale aktive ausländische Unternehmen aus Energie- und Wasserwirtschaft veräußert werden. Damit will Königs Vorlieferanten mit eigenen Absatzinteressen - wie Preußen-Elektra - ausschließen, aber Know-How- und Kapitaltransfers zum Nutzen der stadtdeutschen Kraftwerke sicherstellen. Mit diesem Plan will Königs ein Modell schaffen, wie den Konzentrationstendenzen in der Versorgungswirtschaft begegnet werden kann. In Konkurrenz steht dieser Plan zu Überlegungen, der Stadtwerke GmbH, Kapital über die Maingas AG zu beschaffen, an der die Preußen-Elektra beteiligt ist. Für den Verband Kommunaler Unternehmen hat der Vorstoß „einen gewissen Charme, jedoch bleibt die Frage, wie verhindert werden kann, daß die

großen Unternehmen an der Börse den Bürgern die Aktien wieder abkaufen“. (Informationsblatt Linke Kommunalpolitik, Quelle: Handelsblatt, 5.3.96) Die Bürgervereinigung Seckbach e. V. meldet Interesse an 1 000 dieser Aktien an. Ein Vorgehen, das vielleicht Schule macht?

nach Frankfurter Info, udi

Gedenkveranstaltung in Ravensbrück

Die Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V. führt am Samstag, dem 27. April 1996, auf dem Gelände der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück eine Gedenkveranstaltung anlässlich des 51. Jahrestages der Befreiung des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück durch.

Beginn: 14.00 Uhr beim Mahnmal am Schwedtsee
RednerInnen sind u.a. Gertrud Müller, Vorsitzende der Lagergemeinschaft, Regine Hildebrandt, Sozialministerin von Brandenburg, Sigrid Jacobitz, Leiterin der Gedenkstätte sowie Schwester Theodolinde, Überlebende des Frauen-KZ.

Das Programm wird vom Berliner Hans-Beimler-Chor musikalisch umrahmt.

Infobüro Heidelberg lädt ein

Veranstaltung zum 20. Todestag von Ulrike Meinhof

Heidelberg. Am Samstag, den 11. Mai, finden in Heidelberg Veranstaltungen zum 20. Todestag von Ulrike Meinhof statt, u.a. eine mit Monika Berberich, Kampfgefährtin von Ulrike Meinhof und ehemalige Gefangene aus der RAF. Ort: Haus der Studierenden, Marstallstraße. Beginn 19 Uhr. Die Veranstalter, das Infobüro für die Freiheit der politischen Gefangenen schreiben in der Einladung:

Gegen das Vergessen! Gegen die herrschende Geschichtsfälschung! „Protest ist, wenn ich sage, das und das paßt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür sorge, daß das, was mir nicht paßt, auch nicht länger geschieht.“ (Ulrike Meinhof)

Am 9. Mai 1976 wurde Ulrike Meinhof in der JVA Stuttgart-Stammheim, 7. Stock (Isoliertrakt für politische Gefangene) bei Aufschluß der Zelle um 7.45 Uhr tot aufgefunden. Ähnlich wie in gleichartig gelagerten Fällen – so bei der Todesnacht von Stammheim, in welcher am 18.10.1977 Andreas Baader, Güdrun Ensslin und Jan Carl Raspe ums Leben kamen – war die offizielle Version

schon wenige Stunden später geboren: Selbstmord. Noch heute wird strafrechtlich verfolgt, wer nach genauer Würdigung der Todesumstände und deren Vorgeschichte von Mord spricht. Ebenso wird die Geschichte von 25 Jahren revolutionärer Politik, für die u.a. Ulrike Meinhof steht, heute in ihr Gegen teil verkehrt, umgelegen und allenfalls zur endgültigen Erledigung juristisch aufgearbeitet.

Mit unseren Veranstaltungen an diesem Tag wollen wir dazu beitragen, die Geschichte des linken Widerstands zu erhalten. Ulrike Meinhof muß in unserer Erinnerung weiter leben. Wir wollen deshalb versuchen, an diesem Tag dem Menschen, der Genossin und der Revolutionärin Ulrike Meinhof näher zu kommen. Ihre Geschichte steht exemplarisch für alle, die im Kampf gegen das imperialistische System zu Tode kamen.

Für uns spielt es daher auch eine entscheidende Rolle, am 20. Todestag von Ulrike Meinhof die Frage nach den Umständen ihres Todes wieder zu stellen.

nach Kommunale Berichte Stuttgart

Ein „Experte“ für Bioethik

Peter Singer in Heidelberg ausgeladen

Die Antifaschistische Zeitung Freiburg (az) hatten wir über einen gewissen Peter Singer aus Australien berichtet; und zwar, daß er für die dortigen Grünen als Spitzenkandidat im Staat Victoria nominiert worden ist. „Soziale Gerechtigkeit“ hat er - neben der Umwelt - zu seinem Schwerpunkt erklärt. Unter dem Titel „Praktische Ethik“ warb er 1987 für ein neues „Nützlichkeitsdenken“.

Grund genug, daß ihn ein Kongress „Fundamentalismus und Beliebigkeit in Wissenschaft und Therapie“ Anfang Mai 96 nach Heidelberg eingeladen hatte. Das Institut für Systematische Forschungen in Heidelberg - der Veranstalter - hat nunmehr die Einladung an Singer zurückgezogen, mit einer recht eigenartigen Begründung. Der Kongress könnte „gewalttätig gestört werden, so daß die Sicherheit Peter Singers... bedrohte würde. Als Veranstalter hätten wir uns dann gezwungen gesehen, Rollstuhlfahrer, welche die Veranstaltung gewaltsam zu blockieren suchten, - wenn wir sie nicht diskriminieren wollten - durch die Polizei abtransportieren zu lassen. Dies wären wir weder den betroffenen Demonstranten, noch der Polizei, den Kongressteilnehmern, der Stadt Heidelberg oder uns antun.“

Sie halten die Ausladung von Peter Singer im Grunde für falsch, „weil sie zur Verleugnung des zugrundeliegenden Problems führt und unseres Erachtens langfristig eher zu einer Bedrohung des Lebensrechtes Behindter beitragen könnte.“ Also müsse man sich mit Peter Singer auseinandersetzen, um Behinderete zu schützen – eine merkwürdige Auffassung. Und dann versuchen die Veranstalter, Opfer zu Tätern zu deformieren: „Erschreckt mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß Organisationen, welche den Kampf gegen die Ausgrenzung der Stigmatisierten in unserer Gesellschaft zu ihrem Programm gemacht haben, in ihrem eigenen Handeln Stigmatisierung und Ausgrenzung als Mittel der Ausgrenzung verwenden. Die Selbstgerechtigkeit, mit der in manchen Kreisen der Helfer-Szene Moralismus als Machtstrategie praktiziert

wird, hat uns sehr nachdenklich gemacht.“ Meinungsfreiheit für Peter Singer, so die Initiatoren in ihrer Erklärung vom 1.4.96, denn hätte es diese schon in der Nazi-Zeit gegeben, hätten möglicherweise „all die Bestialitäten“ nicht stattfinden können. Hätte man damals schon für Meinungsfreiheit gekämpft, hätte es die Euthanasie nicht geben können. Also heute Peter Singer einladen, um seine Thesen publik zu machen, und für die Meinungsfreiheit zu kämpfen? „Keiner gesellschaftlichen Gruppe sollte das selbsttherrliche Recht zugebilligt werden, über die Redefreiheit Andersdenkender zu entscheiden. Das wäre eine Form der Diskriminierung, deren Vorzeichen sich nur zu leicht umkehren ließen.“ (gez. Dr. Hans-Rudi Fischer, Priv.-Doz. Arnold Retzer, Priv.-Doz. Fritz B. Simon, Dr. Gunther Weber, Heidelberg.)

Muß mensch sich mit Singer auseinandersetzen, um seinen Thesen entgegenzutreten? Müssen forschungsgeile Dozenten unbedingt mit Singer gegen ihn diskutieren wollen - warum laden sie nicht genügend praktisch Betroffene ein, die erst durch vorzeitige Veröffentlichung davon erfahren müßten, daß Singer kommen würde und sich daher zu dem angekündigten Protest haben entschließen müssen? Welchen Begriff haben die Herren in Weiß von wissenschaftlicher Debatte - gerade im Hinblick auf die Geschichte?

nach Antifaschistische Zeitung Freiburg, cm

Im Netz der Bioethik

von Jobst Paul

Im DISS Verlag ist ein interessantes Buch zum Thema Bioethik erschienen. Der Autor zeichnet das internationale Bioethik-Netz nach, das letztlich unserer aller Freiheit gefährdet

ISBN 3-927388-43-2, 12,80 DM

Buchhandlung protestiert

Durchsuchung wegen Gorleben-Broschüre

Hamburg. Heute morgen, am 3.4.96, wurden unsere Geschäftsräume am Schulterblatt 55 vom LKA durchsucht. Anlaß war die Broschüre „55 Millionen plus X“, hrsg. von der Republik Freies Wendland, in der „auf den Seiten 18 und 19 detailliert Angaben darüber gemacht werden, wie Sprengsätze zur Sprengung von Strommasten und Schienensträngen herzustellen sind.“

Uns wird die Verbreitung dieser Broschüre entsprechend § 130 StGB vorgeworfen: Verbreitung einer Schrift, die geeignet ist, zu Straftaten aufzurufen.

In Anwesenheit unserer Anwälte, die verhinderten, daß sämtliche Geschäftsunterlagen beschlagnahmt wurden, suchten sie relativ gezielt nach der Bro-

schüre und Hinweisen auf deren UrheberInnen. Sie beschlagnahmten zwei Exemplare, außerdem eine vollständige Ausgabe der neuesten Zeck – das Info aus der Roten Flora – und 59 Exemplare des mittleren Einlegeblattes mit u.a. einer Kopie aus der gesuchten Broschüre, sowie eine Ausgabe der Radikal Nr. 151.

In erster Linie richtet sich das Vorgehen des Staatsschutzes gegen den radikalen Widerstand der Anti-AKW-Bewegung. Unter dem Motto: „Den Castor stoppen, bevor er losfährt – Tag X2 – jetzt erst recht!“ läuft die Mobilisierung, um diese Transporte politisch und praktisch zu verhindern.

nach Lokalberichte Hamburg

Den Abschluß bildet eine Menschenkette bei den „vergessenen“ Nebenländern des Konzentrationslagers Ravensbrück.

VDA tagt in Weimar

Weimar. Der „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) führt am 22. Juni in Weimar seine nächste Bundesmitgliederversammlung durch. Zur Diskussion stehen wird u.a. ein Vorschlag zur Namensänderung. Demnach soll der VDA künftig in „Verein für die Deutschen und Deutsche Kultur im Ausland e.V. (VDA), gegr. 1881 als Allgemeiner Deutscher Schulverein“ umbenannt werden. Außerdem will der nach Finanzskandalen erneut ins Licht der Öffentlichkeit gerückte VDA seine zukünftige Satzung insoweit verändern, daß seine Landesverbände zukünftig über eine eigene Finanzhöhe verfügen, um den VDA „für eine breite Öffentlichkeit attraktiv zu gestalten“.

Am Sonntag, den 23. Juni, will der „Verein für das Deutschtum im Ausland“ im Deutschen Nationaltheater Weimar seinen „VDA-Kulturpreis 1996“ verleihen. Die diesjährigen Preisträger sind Hermann Wever für das „Städte-Institut“, das die Geschichte der deutschen Aus-

wanderer in Brasilien erforscht hat, und der amerikanische Professor des Völkerrechts Alfred M. de Zayas für die „Aufarbeitung des Vertreibungsgeschehens“, so der VDA-Bundesvorsitzende, der CSU-MdB Hartmut Koschyk.

Zayas, von Revanchistenblättern wie „Der Schlesier“ und dem „Eckartboten“ gerne als amerikanischer Kronzeuge für angebliche „Vertreibungsverbrechen“ an den Deutschen zitiert, trat kürzlich auch als Gutachter der CDU/CSU-Fraktion in der Bundestagsdebatte um die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure auf. Seine Erfahrungen in diesem Amt verbreitete Zayas, Mitglied des P.E.N.-Clubs, in einem Artikel in der letzten Ausgabe der einschlägigen Zeitschrift „Criticon“ unter dem Titel „Täter- und Opferkategorien - Schwarzweissmalerei über Wehrmachtjustiz und Deserteure“.

nach Antifa Nachrichten, hma

Pakistani soll abgeschoben werden!!

Freiburg. Das Südbadische Aktionsbündnis gegen Abschiebungen (SAGA) macht in einer Presseerklärung auf folgenden Fall aufmerksam: Am 30.1.96 sprang ein pakistanscher Flüchtling in

der Vauban-Kaserne aus dem Fenster und zog sich schwerste Verletzungen zu; fast zwei Monate wurde in der Universitätsklinik Freiburg stationär behandelt, anschließend in eine Rehabilitationsklinik nach Bad Krozingen überwiesen. Dort hätte er noch bis Ende April 96 bleiben sollen, um über Massagen, Körpermassage und Elektrotherapie die gebrochenen Knochen (Becken, Lenden, Hände) wieder gebrauchen zu können - außerdem befinden sich noch Schrauben in seinen Knochen, die erst in ca. 8 Monaten operativ entfernt werden können.

Seit dem 11.4.96 aber sitzt er in Polizeigewahrsam; ein äußerst dubioser Hintergrund bildet den Anlaß, daß er - am 12.4.96 durch den Amtsrichter Grabe in Abschiebe(sicherungs)haft in die JVA Rottenburg eingewiesen wird.

Die „Schwarzwaldklinik“ in Bad Krozingen Orthopädie-Oberarzt Dr. Peters beurteilt ihn ohne Kenntnis der Abschiebehaltbedingungen als „haftfähig“, obwohl er ohne Gehhilfen kaum laufen kann und ein Stützkorsett tragen muß. Der Verwaltungschef der Klinik verdächtigte den pakistanschen Flüchtling, ohne Bezahlung Telefongespräche geführt zu haben - und kündigte am 11.4. an, daß „der Mann fliegt hier raus“.

Dieses Zeichen war für das Regierungspräsidium Freiburg der offensichtlich erwarte Hinweis, daß der Flüchtling nunmehr völlig entgegen medizinischen Stellungnahmen aus der Universitätsklinik Freiburg zur Abschiebung freigegeben sei.

Es formulierte dem Haftstrichter gleich den passenden Haftbefehl vor, nachdem es sich noch am heutigen Vormittag mit der Klinikleitung verständigt hatte.

Rechtsanwalt Althaus hat inzwischen entsprechende Anträge gegen diese menschenverachtende Behandlung des pakistanschen Flüchtlings eingereicht. Der Mann, einer religiösen Minderheit in Pakistan angehörend, war am 30. Januar 1996 aus dem Fenster gesprungen, weil er - realistischerweise - im Fall der Abschiebung nach Karatschi befürchten muß, dort erneut den religiösen Fanatikern in die Hände zu fallen.

Er war bereits einmal nach Pakistan zurückgekehrt und hatte sich aus genau diesen Gründen dann erneut entschieden, wieder nach Deutschland zu gehen und hier noch einmal Asyl zu beantragen.

Das Verfahren läuft noch. Auf diese Umstände nimmt das Regierungspräsidium Freiburg nicht die mindeste Rücksicht.

aus CL-Netz, 16.4.1996

Am 31.12.1993 wurde sie scharf gemacht - die Zeitbombe, die nach der Detonation den sozialen Frieden im Beitreitungsgebiet wird helfen zu zerstören. Unmerklich für die Betroffenen, nicht durchschaubar für die daran Beteiligten und doch wirksam vergleichbar einer Neutronenbombe. Solidarität, menschliche Wärme, Zusammengehörigkeitsgefühl, häufiger auch denunziert als Begriffe der DDR-Notgemeinschaft, sind trotzdem Begriffe, an die sich die Menschen zunehmend nostalgisch erinnern. Diese Nostalgie wird aber keine Entsprechung mehr finden, denn die Zeichen stehen auf Sturm. Die Deindustrialisierung ist vollzogen, das Wirtschaftswachstum, das sich angeblich durch einen selbsttragenden Aufschwung verstärken sollte, ist steckengeblieben und rangiert nur noch auf unterstem Niveau.

Die Ankopplung der Mietpreisentwicklung an die Lohnentwicklung ist längst revidiert worden. Die Wohnungswirtschaftsbetriebe und Wohnungsgenossenschaften sind in eine gnadenlose Aufholjagd eingetreten, denn die genehmigten Mieterhöhungen reichen nicht, um die notwendigen Sanierungsmaßnahmen ausreichend zu finanzieren und um die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Mindeststandards zu beobachten. Der Investitions- und Reparaturstau einerseits und aufgezwungene DIN-Vorschriften bei Energieversorgungsmaßnahmen sowie der sicherlich berechtigte Wunsch, in einer modernisierten Wohnung zu wohnen, haben Belastungen geschaffen, die dazu geführt haben, daß alleine schon aus diesen Bedingungen heraus große Verschuldungen auf die Wohnungsgenossenschaften und Wohnungsgesellschaften zugekommen sind. Alles dieses wäre aber durch bilanzielle Gegenwerte gedeckt und würde sich von den Bilanzen in den Alt-bundesländern nicht unterscheiden.

Die Konkursfalle ist aber ab 31.12.1993 von der Bundesrepublik Deutschland, dem Bundestag und der Regierung mit Wissen und Billigung des Bundesrates aufgestellt worden. Das sog. FKK - Föderale Konsolidierungskonzept - hat der Wohnungswirtschaft den sog. Altschuldenkompass aufgenötigt. Allein der Umgang mit diesen Altschulden ist ein finanzieller Skandal. Während man heute über die Altschulden der Kommunen lauthals redet und im Bereich der Landwirtschaft ein mutiger Konkursverwalter erst recht durch eine Klage beim Bundesverfassungsgericht den Stachel löckt, haben mehr oder weniger unbemerkt die Wohnungswirtschaftsbetriebe Ende 1993 die weiße Fahne hochgezogen, dazu diesem Zeitpunkt die Problematik zwar klar, aber der Widerstand noch nicht entwickelt war.

Am 30.6.1990 wurde in einem Federstrich der DDR-Bevölkerung die D-Mark scheinbar geschenkt. Für den finanziellen Umtausch wurde das Sparguthaben aller DDR-Menschen als aktives Volksvermögen eingebucht. Übersehen wurde, daß diese DDR-Sparkonten im Kreislauf der DDR-Wirtschaft als sog. Bilanz und Bilanzgegenkonten verbucht waren. Jeder Wohnungswirtschaftsbetrieb hatte die Verpflichtung, Häuser bauen zu müssen. Dafür bekam er finanzielle Bilanzmittel und natürlich technologische Ausstattung aus den jeweiligen Bilanzierungen. Damit diese Rechnung aufging, wurde dafür scheinbar ein Kreditvertrag zugrunde gelegt bzw. unterstellt. Tatsächlich war dies aber gar kein dem bundesdeutschen Standard entsprechender Kreditvertrag. Es war eben ein aus einer völlig anders strukturierten Volkswirtschaft entstehender Bilanzierungsvertrag, bei dem das Ziel die Erfüllung des Planes und nicht die Rückzahlung von Krediten war.

Zum Stichtag 30.6.1990 waren 72 Milliarden Mark der DDR als Bilanzmittel für die damalige DDR-Wohnungswirtschaft in den Planbilanzen aufgeführt.

Zu DDR-Zeiten mußten für die 72 Milliarden theoretisch 1% Tilgung und 2% Zinsen aufgewendet werden, was kein Problem war, da die Wohnungswirtschaft hoch subventioniert war.

Am 30.6.1990 änderte sich alles, ohne daß es die einzelnen Betriebe merkten bzw. überhaupt bemerkten konnten. Die Bundesrepublik Deutschland tauschte die D-Mark gegen die Mark der DDR 1:2, und am 1.7.1990 war die Wohnungswirtschaft der DDR mit 36 Milliarden DM hoch verschuldet. Im Einigungsvertrag wurde für diese Schulden, die von der

derum streng freiwillig - verkauft. An den Veräußerungserlös, der kein Gewinn ist, sondern schlicht aus der Substanz der Wohnungsbetriebe herausgekauft wird, bereichert sich wiederum die Bundesrepublik mit jährlich 10% steigenden Anteilen. D.h. im ersten Jahr der Privatisierung verbleiben 90% des Kaufpreises bei dem Betrieb und 10% gehen an den ETF. Im letzten Jahr der Regelung ist es genau umgekehrt, denn 90% gehen in den Fonds und 10% bleiben beim Eigentümer. Mit dieser idiotischen Steigerungsvariante werden die Wohnungsbetriebe zusätzlich enteignet. Sollte die Veräußerung nicht stattfinden oder der Betrieb nicht nachweisen können, warum bei ihm die Veräußerung

schaften, die wegen der Massenarbeitslosigkeit Lohnentwicklungen nicht bewerkstelligen, sei es der Wohnungswirtschaftsvorstand oder Geschäftsführer, der nicht weiß, wie er die Zinsen bezahlen soll, und trotzdem bezahlen muß, sei es der Mieter, der seine Wohnung behalten möchte und nicht versteht, warum alle an sein Portemonnaie gehen.

All das bringt keiner mehr in Verbindung mit dem 30.6.1990, und kaum einer begreift oder will begreifen, daß dafür Kanzler Kohl verantwortlich ist.

Es war der damalige Bundesbankpräsident, der offenkundig in Abschätzung dieser Entwicklung das Handtuch warf und Konsequenzen für sich persönlich gezogen hat. Beim FKK haben sich 1993 die Westfunktionäre der Sozialdemokratie, aber auch der DGB nicht mit Ruhm bekleckert, als sie diesen Coup halb schweigend, halb zustimmend zur Kenntnis genommen haben. Damals wurde dieses Manöver mit Rentensteigerung, Verhinderung des Arbeitslosengeldabbaus usw. erkauf.

Dieses Schweigen hat nur bis zum Januar 1996 gedauert, und jetzt schlägt die gleiche Bundesregierung wieder zu. Das damalige Gegengeschäft von Karrenztagen usw. wird jetzt massiv auf die Tagesordnung gesetzt, und die Nettoeinkommensentwicklung in den neuen Ländern droht rapide zu sinken. Die Schere zwischen steigenden Mieten und sinkenden Einkommen wird gravierend. Schon das Föderale Konsolidierungskonzept war eine Verhöhnung der Menschen in den neuen Ländern und alles, was jetzt unter dem Stichwort Bündnis für Arbeit zugemutet wird, ist wiederum nur das Etikett, um den Sozialabbau, der 1993 nur aufgeschoben wurde, jetzt aktiv betreiben zu können.

Bodo Ramelow ist Landesvorsitzender der HBV in Thüringen.

Die Zeitbombe tickt

Altschulden und die Wohnungswirtschaft. Von Bodo Ramelow

Wohnungswirtschaft überhaupt nicht anerkannt wurden, ein „angemessener“ Zinssatz festgeschrieben, den der Staat dann selbst auch mit sage und schreibe 10% festsetzte. Jeder Wohnungswirtschaftsbetrieb in den Alt-bundesländern hätte zu diesem Zeitpunkt entsprechende Finanzmittel zu wesentlich günstigeren Konditionen bekommen können. Die BRD erlaubte es sich aber, im Einigungsvertrag dieses überfallartig direkt zu regeln. Bis 1993 weigerten sich die Wohnungsbetriebe, diese Altschulden anzuerkennen, weil sie darauf hinwiesen, daß es sich um überhaupt keine klassischen Schulden handelt. Recht gab ihnen zum Beispiel ein konservativer Staatsrechtler wie Rupert Scholz, der das in einem ausführlichen Gutachten damals schon genau belegte.

nicht geklappt hat, bekommt er die Altschulden wieder aufgebrummt. Die Wohnungsbetriebe können die Altschulden derzeit aus der laufenden Miete neben allen anderen Kosten nicht ausreichend verzinsen und tilgen. D.h. fast alle Betriebe müssen aus der Kaltmiete Gelder herausnehmen, die dringend in den Unternehmen gebraucht würden, nur um die Zinsen und die Tilgungsanteile zu zahlen. Die Miete kann nicht erhöht werden, da gesetzliche Regeln dagegenstehen, aber wenn die Miete angehoben würde, steigen die Löhne nicht ausreichend, um diesen Teil auch nur ansatzweise ausgleichen zu können. Bei diesem Prozeß sind zum Schluß immer nur ostdeutsche handelnde Personen die Dummen. Seien es die Gewerke-

55 Milliarden DM „Altschulden“

Da aber nicht sein kann, was nicht sein darf, bekamen die Wohnungsbetriebe zunehmend Probleme, freie Kreditmittel zur Sanierung zu bekommen. Grund und Boden als Pfand stand zu diesem Zeitpunkt noch nicht zur Verfügung, da der volkseigene Grund und Boden noch nicht vermessen und im Grundbuch noch nicht eingetragen war. Mieten konnten nicht frei vereinbart werden, da sie staatlichem Reglement unterliegen. So konnte man scheinbar freiwillig, in Wirklichkeit aber in erpresserer Manier, mit dem Altschuldenhilfegesetz (dieser Name ist pervers, da er nicht hilft, nur schadet) einen Deal machen, bei dem die ehemalige Staatsbank der DDR, welche umfirmierte zur Staatsbank AG und dann mutierte zur Deutschen Kreditbank AG, auf einen Schlag 55 Milliarden D-Mark ausgereichte Kreditmittel unterschriftsreif vorliegen hatte.

Die wundersame Vermehrung waren die aufgelaufenen Zinsen, welche von 36 Milliarden von 1990 auf 55 Milliarden zum 31.12.1993 gestiegen waren. Großzügig wurde dann den Wohnungsbetrieben eine Kappung bei 150 DM Schuldenlast/qm Wohnungsbestand angeboten, und alles, was die 150 DM-Marke/qm überschritt, wurde vom Staat gekappt bzw. mit einem Trick auf den Erblastentilgungsfonds übergeschrieben.

Während also die 55 Milliarden DM Altschulden geteilt wurden auf rund 40 Milliarden DM Neuschulden, welche „freiwillig“ von den Wohnungsbetrieben akzeptiert bzw. geschluckt wurden, ging die Differenz auf den Erblastentilgungsfonds über. Dort liegen sie drohend - zugeordnet den Wohnungsbetrieben - noch 8 Jahre vor. In dieser Phase müssen sämtliche Wohnungsbetriebe 15% ihres Wohnungsbestandes - wie-



Als Ostermarsch fand in Brandenburg am Ostermontag - fast schon traditionell - die Demonstration gegen den Truppenübungsplatz in der Wittstocker Heide statt; 5.000 Menschen nahmen teil. Unterstützung erhielt die Bürgerinitiative „FREIHEIDE“ aus Berlin, wo kein eigener Marsch stattfand. Gegen die Weiternutzung des „Bombodrom“ durch die Bundeswehr klagten mehrere Landkreise, Kommunen, Kirchengemeinden und Einzelpersonen. Am 9. Mai findet eine weitere, evtl. entscheidende Sitzung des Verwaltungsgerichts Potsdam statt. (arl)

Berliner Abschiebehaft wieder in Kritik

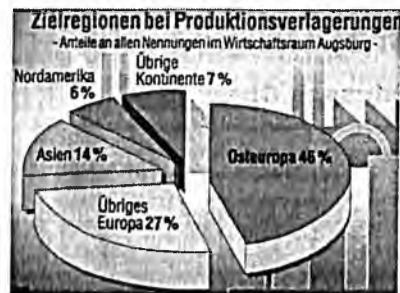
Durch das Fernsehmagazin „Panorama“ wurden wieder mal menschenverachtende Zustände in der Berliner Abschiebehaft bekannt. 1994 waren schon 50 Abschiebehäftlinge für grundlegendste menschliche Bedürfnisse in Hungerstreik getreten. Was Besserungen aber auch Strafen für „Rädelsführer“ brachte.

Jetzt wurde bekannt, daß über mehrere Jahre rumänische Abschiebehäftlinge lumpenartige Bekleidung (ausgediente Polizei-Trainingsanzüge) anziehen mußten. Ohne Unterwäsche waren die Gefangenen so nur notdürftig bekleidet. Diese menschenverachtende Praxis war von obersten Stellen der Innernverwaltung gedeckt, wenn nicht sogar angeordnet. So hatte ein inzwischen pensionierter Wachleiter des Abschiebehaftnests Kruppstraße dies immer wie-

der intern kritisiert. Die Folge war, daß Vorgesetzte Disziplinarverfahren gegen ihn einleiteten. Ein Amtsrichter beschreibt einen vorgeführten Häftling „mit viel zu weiter Hose, so daß der Mensch sich die Hose festhalten mußte, die Jacke dadurch aufging.“ Dieser Richter hatte unter diesen Umständen ein rechtsstaatliches Verfahren als gefährdet angesehen, sich über die Bekleidung beschwert und den Häftling auf freien Fuß gesetzt. Die Polizei reagierte mit einem Verfahren wegen Rechtsbeugung, das später eingestellt wurde. Für die Vorführungen wurden aufgrund der Beschwerde fünf intakte Trainingsanzüge angeschafft.

Bündnis 90/Grüne kündigten an, auf eine Klärung im Ausschuß für Aushilfsfragen des Abgeordnetenhauses zu drängen. Auch die Gewerkschaft der Polizei verlangt Aufklärung und gegebenenfalls personelle Konsequenzen in der oberen Polizeiführung. (ard)

MELDUNGEN AUS BETRIELEN UND GEWERKSCHAFTEN



Großbetriebe auf der Suche nach Profiten in Osteuropa

Das obige Schaubild veröffentlichte die Augsburger Zeitung am 13.3.1996. Nahezu jeder dritte Augsburger Betrieb hat nach Information der Industrie- und Handelskammer (IHK) zumindest Teile seiner Produktion ins Ausland verlagert. Mehr als ein Drittel der Augsburger Firmen ist in Ungarn tätig, ein weiteres Drittel in Tschechien und Polen. Etwa jedes fünfte Unternehmen unterhält Kontakte zu Asien. Dies soll noch weiter zunehmen.

In den Augsburger Betrieben liegen die Expansionen ins Ausland höher als im schwäbischen Umland, da hier die meisten großen Firmen liegen. Auslandsverlagerungen werden nämlich vorwiegend von den Großunternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten durchgeführt.

(Berichte Augsburg u. Schwaben)

HBV: Die Ausbildung muß verbessert werden

Die HBV Frankfurt hatte letztes Jahr mit Unterstützung der DGB-Jugend eine Umfrage über die Ausbildungsbedingungen in Rechtsanwaltsbüros unter 170 Auszubildenden durchgeführt. Die wichtigsten Ergebnisse wurden in einer Broschüre „Die Ausbildung muß verbessert werden“ dargestellt, die jetzt über die HBV-Frankfurt bezogen werden kann.

Von einer 38,5-Stunden-Woche kann bei den meisten Azubis nicht die Rede sein. Fast 80% der Befragten berichten von 40 Arbeitsstunden in der Woche. 69% müssen an einem Berufsschultag noch in den Betrieb, immerhin 4% sogar an beiden Schultagen, obwohl dies gesetzeswidrig ist. Überstunden sind keine Seltenheit. Bei der Ausbildungsvergütung bestehen große Unterschiede zwischen den einzelnen Betrieben (700 bis 1200 DM im ersten Lehrjahr). Ausbildungsfremde Arbeiten kommen immer wieder vor. In manchen Büros ist

niemand richtig zuständig für die Ausbildung.

Die Broschüre enthält auch die Forderungen, die HBV an die Ausbildung stellt: betriebliche Ausbildungspläne, angemessene Vergütung und Sozialleistungen, 30 Tage Urlaub, Befreiung von der Anwesenheitspflicht an beiden Berufsschultagen, 38,5-Stunden-Woche, ausreichend Freiraum für Hausaufgaben, Führung von Berichtsheften und Vorbereitung auf Prüfungen u.a.

(Frankfurter Info, ola)

IBM: Tarifvertrag über Pflege- und Erziehungszeiten

Mit Wirkung zum 1.1.96 hat die DAG bei der IBM Deutschland einen Haustarifvertrag zur „Vereinbarung von Beruf und Familie“ abgeschlossen.

Erkrankt ein Kind und gibt es im Haushalt keine andere Pflegeperson, so hat jeder Beschäftigte Anspruch auf bezahlte Freistellung von bis zu fünf Tagen pro Kind und Jahr. Bei längeren Erkrankungen gibt es bis zu 15 weitere Tage unbezahlte.

Nach 18monatiger Betriebszugehörigkeit kann Erziehungszeit bis zum sechsten Lebensjahr des Kindes (bei Geburt mehrerer Kinder maximal zehn Jahre lang) in Form von Arbeitszeitreduzierung auf mindestens 19 Wochenstunden oder ganz als ruhendes Arbeitsverhältnis genommen werden. Ebenfalls kann zur Pflege eines schwerpflegebedürftigen Angehörigen (ab Pflegestufe 1) für eine Zeit von 4 bis 36 Monaten in Teilzeit oder unbezahlte Freistellung gegangen werden.

In einem DAG-Flugblatt heißt es: „Der Weiterbeschäftigungsanspruch auf einen vergleichbaren Arbeitsplatz bleibt bestehen.“

Der Tarifvertragstext dazu ist freilich wachsweich. „Soweit betrieblich realisierbar“ erfolgt die Wiederaufnahme der Arbeit in der bisherigen, sonst „in der nächstgelegenen Betriebsstätte mit einem vergleichbaren offenen Arbeitsplatz.“ Wird der dann abgelehnt, so kann abgruppiert werden.

Als Alternative zur Freistellung will IBM vorrangig Teleheimarbeitsplätze anbieten; zur Herrichtung des heimischen Arbeitszimmers gibt es einen Zuschuß von 1000 DM, der PC wird gestellt. Der Personalchef rechnet damit, daß nicht zuletzt durch diesen Tarifvertrag die Zahl der bisher 2400 Telearbeiter bis 1999 um weitere 1700 steigt – das wäre dann jeder vierte IBMer, der ganz oder teilweise am Heimcomputer schafft.

(Kommunale Berichte Stuttgart, wor)

Erfolg beim Mindestlohn, weniger beim Tariflohn

Tarifabschluß Bau

Die Schlichtung im Baugewerbe ergab folgendes Ergebnis: Es konnte ein Mindestlohn durchgesetzt werden, der deutlich höher ist als der, den sich die Baukapitalisten, wenn überhaupt, vorgestellt haben. Er beträgt rückwirkend zum 1. April im Westen 15,30 DM, steigt zum 1. September auf 17 DM und zum 1. Dezember auf 18,60 DM. In Ostdeutschland gilt ab 1. April ein Mindestlohn von 14,08 DM, der sich ab September auf 15,64 DM und ab April nächsten Jahres auf 17,11 DM erhöht. Die Betriebsräte erhalten weitgehende Kontroll- und Einblicksrechte in die Unterlagen der Subunternehmer, um illegaler Beschäftigung vorbeugen zu können. Bisher konnten sich die Konzerne damit rausreden, daß es sie nichts angeht, was die Subs machen, in Zukunft machen sie sich damit strafbar.

Die Lohntarifrunde ergab nur 1,85% mehr Lohn und Gehalt. Damit steigt der Lohn für die zahlenmäßig stärkste Gruppe der Spezialbaufacharbeiter im Westen von 24,48 auf 24,93 DM, der der Baufacharbeiter von 20,98 auf 21,37 DM. Im Osten, der derzeit noch bei 92% der Westtarife liegt, wird die Erhöhung sogar erst ab September gültig; vorrangig soll jetzt der Kampf gegen den massiven Tarifbruch dort geführt werden. Wieshügel, der von der Fraktion für eine offensivere Tarifpolitik letztes Jahr als neuer Vorsitzender durchgesetzt wurde, hatte schon früh Zugeständnisse gemacht, um die Rückerstattung für das Überbrückungsgeld über die Sozialkassen von 20 auf 50% zu erreichen. Das ist vom Tisch, aber auch die ganze Latte von Forderungen, die die Unternehmer gestellt haben: Senkung von Weihnachts- und Urlaubsgeld, Aussetzung der Lohnanpassung auf 100% im Osten, Einfrieren der Ausbildungsvergütungen des 2. und 3. Jahres, Spezialbauarbeiterlohn erst nach drei, statt nach einem Jahr, Abkommandieren der Azubis zwischen Weihnachten und Neujahr auf die Baustelle. Wichtig ist es, daß es keine Tariföffnungsklauseln für „notleidende“ Betriebe geben wird, mit denen die Kapitalisten die Belegschaften und ihre Betriebsräte untereinander hätten ausspielen können.

Nachdem die Große Tarifkommission der IG BAU letzte Woche zugestimmt hatte und die Zustimmung der sozialpolitischen Ausschüsse der Bau-

unternehmerverbände wahrscheinlich ist, muß nun der BDA im Tarifausschuß beim Bundesminister den Mindestlöhnen zustimmen, damit diese allgemeinverbindlich werden. Denn sonst gelten für diejenigen, die nicht über einen hiesigen Menschenhändler hier arbeiten, sondern über einen, der seinen Firmensitz im Ausland hat, die Mindestlöhne nicht. Murmann hatte angekündigt, nichts über 15 DM zu genehmigen. Sollte der BDA ablehnen, wird der Tarifvertrag ungültig und die IG BAU will dann versuchen, über die Sozialkassen des Baugewerbes einen Mindestlohn durch die Hintertür einzuführen, was kompliziert ist. (Hoffentlich hat der Kommentator im Handesblatt vom 12./13.4. recht, wenn er auf Widersprüche im Arbeitgeberlager verweist und meint, eine Absage würde den BDA auch politisch isolieren.)

Trotz des unbefriedigenden Lohnabschlusses läßt sich sagen, daß die Kapitalisten mehr Zugeständnisse machen müssen, und mit dem Mindestlohn, wenn er die letzte Hürde passieren sollte, die auf den gesamten Bauarbeitern schwer lastenden, unwürdigsten Bedingungen ein Stück weit verschwinden. Die hohe Kampfbereitschaft hat das Selbstbewußtsein gestärkt und der Beweis, daß die IG BAU streikfähig ist, wird in kommenden, schwierigen Auseinandersetzungen eventuell eine Rolle spielen.

Trotzdem bleiben noch offene Fragen: Was passiert mit den Scheinselbstständigen, vor allem aus Irland und England, die nicht für Stundenlohn arbeiten?

Wie entgegnet die IG BAU den chauvinistischen Tönen aus den eigenen Reihen, die zwar nicht die Regel, aber doch hörbar sind?

Die IG BAU geht davon aus, daß die Ausbeutung der Stammbelegschaften wieder günstiger wird, da die Reibungsverluste über Sprachprobleme, nicht eingespielte, zusammengewürfelte Kolonnen, andere Ausbildung, usw. oft höher sein werden als die Differenz zwischen den Löhnen. Was passiert dann mit den Ausgegrenzten aus den anderen Ländern? Wird die von der IG BAU angekündigte verstärkte Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Baugewerkschaften einen Beitrag dazu leisten, Standards gegen Vereindlung zu setzen? - (tja)

Mercedes-Benz: Mit Streik den freien Samstag verteidigt

Von Donnerstag, 7. März 1996, bis Samstagmorgen, den 9. März 1996, hatten die Kolleginnen und Kollegen im Mercedes-Werk Mettingen die Arbeit niedergelegt. Der Funke des Ausstands war auch auf Teile des Untertürkheimer Werks übergesprungen. Hintergrund dieser breiten Streik- und Protestwelle war ein unverschämter Forderungskatalog der Leitung des Untertürkheimer Werks. Sollte der Betriebsrat nicht schnell bereit sein, diesen zu akzeptieren, wurde eine Fremdvergabe von Produktionsumfängen im ganzen Werk angedroht, wir hatten ausführlich in den Politischen Berichten informiert.

Der Streik hat Wirkung gezeigt. Mit dem Druck der Belegschaft wurde ein

Ergebnis erreicht, das von den Kolleginnen und Kollegen als Erfolg ihrer Aktionen gewertet wird. Es folgt die Bewertung des Verhandlungsergebnisses durch ein Betriebsratsmitglied von Mercedes-Benz Mettingen:

Der Samstag bleibt frei, es gibt keine drei Produktionsschichten am Wochenende. Nur die bisher befristete zusätzliche Nachschicht in wenigen Gießerei- und Schmiedebereichen wird weiter genehmigt. Dafür gibt es Freizeitausgleich.

• Die notwendigen Investitionen zur Absicherung der Arbeitsplätze im Werk werden getätigt. Gießerei und

Schmiede bleiben bei Mercedes-Benz. Die Firma verzichtet auf betriebsbedingte Kündigungen bis zum 31.12.2000 und stellt 100 Leute neu ein. 20 neue Ausbildungsplätze werden neu eingerichtet.

• Akkordpausen werden nicht pauschal gekürzt. Es wird vielmehr für jedes Arbeitssystem, für jede Maschine, für jedes Band analysiert, ob die Arbeitsbedingungen eine Erholzeitanrechnung zulassen. Mit dem Betriebsrat muß dann vereinbart werden, wieviel Erholzeit angerechnet werden kann.

• Die AZG-Pausen (halbstündige Pause pro Arbeitstag) werden nicht generell zum Durchfahren frei gegeben. Dort, wo bisher schon Durchfahren

vereinbart war, bleibt es dabei. Will die Firma mehr, braucht sie die Zustimmung des Betriebsrats.

• Die bezahlte tarifliche Dreischichtpause bleibt.

• Freischicht für betriebliche Qualifizierung, niedrigere Löhne für Neueinstellte und anderes ist vom Tisch.

Nach bewegten Wochen und Monaten gehen heute unsere Kolleginnen und Kollegen wieder mit einem sicheren Gefühl und mit wichtigen Erfahrungen zur Arbeit.

Ohne unseren Kampf wäre dieser Kompromiß nicht durchgesetzt worden!

Wir sind nicht wehrlos, auch in schwierigen Zeiten! □

MotoMeter Leonberg: Standort gesichert, Fertigung verschwindet

Nach langwierigen Auseinandersetzungen hat die Belegschaft von MotoMeter in Leonberg einen Teilerfolg errungen. Nur mit großem Aufwand und mit einer breiten Unterstützung durch die Gewerkschaft, die Leonberger Bevölkerung, durch politische Parteien und durch andere Bosch-Betriebe konnte die Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH gezwungen werden, die schon beschlossene Schließung des Standorts Leonberg wieder rückgängig zu machen. Folgendes Verhandlungsergebnis wurde soweit bis jetzt veröffentlicht zwischen Geschäftsführung, Betriebsrat von MotoMeter und IG Metall erzielt:

1. 240 der jetzt 700 Arbeitsplätze in der Produktion sind von der Bosch-Geschäftsführung bis zum Jahr 2001 zugesichert worden. Ursprünglich sollte die Fertigung bis zum Frühjahr 1998 schrittweise nach Reutlingen-Kusterdingen und nach Madrid verlagert werden. Der Abbau von 460 Arbeitsplätzen in der Fertigung ergibt sich aus dem Auslauf der jetzigen Anzeigengeräte. Die neu anlaufenden Produkte werden wie geplant in Reutlingen und Madrid anlaufen. Hier hat Bosch keine Zugeständnisse gemacht.

2. Dem Abbau der Produktionsarbeitsplätze steht ein Aufbau der Arbeitsplätze in Entwicklung und Vertrieb gegenüber: Die derzeit 120 Arbeitsplätze in diesem Bereich werden auf 150 aufgestockt. Zudem wird geprüft, ob die freiwerdenden Flächen von der Bosch-Hauptverwaltung auf der Schillerhöhe und vom Bosch-Entwicklungscenter in Schwieberdingen genutzt werden können.

3. Den überwiegend angelernten weiblichen Beschäftigten aus der Fertigung, die ihren Arbeitsplatz verlieren werden, bietet Bosch in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt Qualifizierungsprogramme an, damit sie einen qualifizierten Abschluß erwerben können. Finanzielle Nachteile gleicht Bosch aus.

Für die Sicherung des Standorts Leonberg in welcher Form auch immer hat die Belegschaft ihren Preis zahlen müssen. Der Betriebsrat hat dem Wegfall einer betrieblichen Zulage im Schichtbetrieb zugestimmt, so daß jetzt der nackte Tarifzuschlag bezahlt wird. Damit fällt MotoMeter hinter vergleichbare Bosch-Betriebe zurück.

Außerdem können zukünftig die laut Tarifvertrag zustehenden Erholpausen mit Arbeitsunterbrechungen verrechnet werden, was bisher nur in wenigen Bosch-Betrieben vereinbart ist.

Und für den Zweiten- und Dreischichtbetrieb wurden flexible Arbeitszeitmodelle vereinbart. - (rkw)

GEW: Mehrarbeit ist ein Job-Killer

Mehrarbeit, bedarfsdeckender Einsatz von Lehramtsanwärter/innen, Erhöhung der Pflichtstundenzahl, Abbau von Bildung. Das sind die Schlagwörter, hinter denen die Pläne der NRW-Landesregierung stecken, auf Kosten der Lehrer/innen und letztendlich auch der Schüler/innen weiter den Rotstift im Bildungsbereich einzusetzen. Dagegen rief die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) am 14.3. zu einer Kundgebung an der Essener Gesamtschule Mitte auf. Dem Aufruf „Wir stehen früh auf und lassen nicht locker“ folgten um 7.15 Uhr rund 30 Gewerkschafter/innen. Die Geschäftsführerin der GEW Essen, Christiane Pape, und der DGB-Kreisvorsitzende, Eckart Löser, trugen die Forderungen der GEW



vor: Streichung der Pläne, die Pflichtstundenzahl für Lehrer/innen zu erhöhen und Lehramtsanwärter/innen statt Lehrer regulär für den Unterricht einzusetzen; Einstellung von mindestens 5 000 Lehrer/innen im Rahmen eines Stufenplanes.

- (Lokalberichte Essen, kg)

Tarifverhandlungen in der Druckindustrie

Am 25.3. wurden in Düsseldorf die Verhandlungen über Lohnerhöhungen in der Druckindustrie und Beschäftigungssicherung aufgenommen. Die IG Medien fordert 5% und beschäftigungsichernde Maßnahmen. Sie schätzt die wirtschaftliche Lage der Druckindustrie erheblich besser als die der Gesamtwirtschaft ein, mit Produktionssteigerungen von 3,9% 1995 und einer Produktivitätssteigerung von 3,5%. Unter Berücksichtigung einer erwarteten Preissteigerungsrate von 2% 1996 fordert die Gewerkschaft daher eine Lohnhöhung von 5%. Zur Beschäftigungssicherung fordert sie:

- auf betrieblicher Ebene soll die Möglichkeit bestehen, eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit unterhalb der 35-Stunden-Woche zu vereinbaren.
- Auszubildende sollen für mindestens 6 Monate nach der Ausbildung übernommen werden.
- Geschäftsleitung und Betriebsrat sollen vereinbaren können, daß Überstunden ganz oder teilweise in Freizeitausgleich abgegolten werden.
- Die Wochenarbeitszeit in den neuen Bundesländern soll von heute 38 Stunden endlich – zumindest in Stufen – auf 35 verkürzt werden.

Die Unternehmervertreter forderten demgegenüber vor allem Kostenentlastung und „mehr Freiräume für unternehmerisches Handeln“. Eigentlich sei eine Nullrunde erforderlich. Vorbildlich erschien ihnen der Abschluß in der Textilindustrie, wo unter dem Eindruck von massiven Produktionsverlagerungen und Arbeitsplatzabbau in den letzten Jahren eine Lohnhöhung von 1,5% vereinbart worden war, die noch dazu betrieblich für 12 Monate ausgesetzt werden kann. Ferner sollen hier betrieblich Arbeitszeitverkürzungen oder Verlängerungen von bis zu 130 Stunden jährlich vereinbart werden können. Die IG Medien hat eine Übertragung dieses Abschlusses zurückgewiesen, da die Branchen nicht vergleichbar seien. In der Tat finden Produktionsverlagerungen in der Druckindustrie noch nicht in dem Ausmaß statt, aber die Kapitalisten versuchen gegenwärtig zunehmend, durch Verbandsflucht die Gelung des Flächentarifvertrages zu unterlaufen und so auf die Belegschaften Druck auszuüben.

Die Verhandlungen werden am 18. April in Frankfurt/Main fortgesetzt.

(Quelle: Mitteilung des HV der IG Medien - ulj)

BASF-Supergewinne unangetastet dank Sozialpartnerschaft

Auswirkungen des Tarifabschlusses Chemie

Läßt man nur einmal ganz nüchtern die Prozentzahlen aus dem Geschäftsbericht der BASF 1995 auf sich wirken, so erscheint sehr vielen Leuten, auch solchen, die sich ansonsten für das Tarifgeschehen gar nicht so sehr interessieren, der Abschluß der IG Chemie völlig unverständlich. Das ist der Pilotabschluß der Jahres 1996, der nun alle nachfolgenden Tarifauseinandersetzungen ungeheuer belastet wird, der auf Abschlüsse in Branchen und Bereiche drückt, die wirtschaftlich weit weniger gut dastehen als die Chemieindustrie.

Im Gesamtkonzern wurde der Gewinn vor Ertragssteuern um 95,5 % gestiegen, also fast verdoppelt (2,47 Mrd. DM). Darin sind sog. Sonderbelastungen von über 1 Milliarde DM enthalten wie z.B. der Kauf des englischen Pharmakonzerns Boots, wofür die BASF locker eine Milliarde Mark hinblätterte.

Der Gewinn nach Steuern, also der Reingewinn erhöhte sich um 92,4 %. Er liegt nach Abgaben noch über dem Rekordjahr 1989, denn wegen der gesunkenen Steuerquote (derzeit 41 Prozent) konnte das damalige Niveau sogar um 456 Millionen DM übertroffen werden (Rheinpfalz 27.03.96).

Das Ergebnis vor Steuern der BASF AG Ludwigshafen stieg um 58 Prozent, der Gewinn nach Steuern um fast 49%. Die Rücklagen wurden um 66,7 % aufgestockt. Laut Vorstandsvorsitzendem Strube habe der Gewinn eine Höhe erreicht, die es zu halten gelte. Die Kapitalrendite liegt dieses Jahr sogar bei über 11 Prozent.

Die BASF erklärt in ihrem Geschäftsbericht: „Hätte ein Aktionär vor 5 Jahren einmalig für 10000 DM BASF-Aktien erworben und die zugeflossenen Dividenden (ohne Berücksichtigung der Steuergutschrift)“ (ein Aktionär/in wird nämlich vom Finanzamt noch zusätzlich mit Steuergünstigungen belohnt), dieses Jahr mit 6 DM auf die 14 DM Dividende der BASF Aktie = 20 DM pro 50 DM-Aktie – d. Verf.) wieder in BASF-Aktien investiert, so wäre der Wert seines Depots Ende 1995 auf etwa 18889 DM angewachsen. Dies entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Rendite von 13,6 %. (Geschäftsbericht 1995) Das vergleiche man jetzt mal mit den Zinsen für ein Sparkonto oder einen Bausparvertrag.

Mit dem Sinken des Personalstands schnellte die Kursnotierung der BASF-Aktie in die Höhe. 1989 im Rekordjahr also, hatte die BASF allein in Ludwigshafen 57909 Beschäftigten, Ende 1995 gab sie den Personalstand mit 44625 (Köpfen mit Auszubildenden und Teilzeitkräften) an. Ohne Azubis und bei zeitorientierter Erfassung waren es am 31.12.95 nur 41687 Stellen. Allein im Januar 1996 reduzierte sich das Personal erneut um 665. Der Personalbericht der BASF meldete zum 31.1.96 nur noch 41018 Beschäftigte. Unter Berücksichtigung der bekannten Zu- und Abgänge rechnete die BASF-Personalabteilung im Januar für Ende 1996 mit einem Personalstand von 41257 Personen. Damit wäre ihr Zielwert von 41500 bereits um 242 unterschritten. Diese Zahlen sind deshalb bedeutsam, weil in gesonderten Gesprächen die Betriebsratsspitze Zusatzvereinbarungen erzielte, um den Abschluß bei der Belegschaft besser verkaufen zu können.

Bekanntlich gab es unter den gewerblich Beschäftigten die Vorstellung, daß eine sechsprozentige Lohnforderung zu

niedrig sei. Mit dem Hinweis auf die schwierige Lage in den Mittelbetrieben mußten sie sich aber damit zufriedengeben. Als Gegenleistung für solche Lohnzurückhaltung wurde auf allen Versammlungen immer wieder betont, daß dafür die Beschäftigungskomponente sich keinesfalls nur in Versprechungen erschöpfen dürfe. Sie müsse meßbar, konkret und nachvollziehbar sein müssen. Die Rheinpfalz ist offenbar eingeweiht: „Die Formel geht auf, wenn die Unternehmer den Blankoscheck honorierten, den die IG Chemie ausgestellt hat – wider die nicht geringe Skepsis an der gewerkschaftlichen Basis in den Betrieben“. (30.03.96).

In gesonderten Gesprächen im Rahmen der Tarifrunde gab die BASF die Zusicherung, daß der Personalstand Ende Februar 1997 41500 Beschäftigte umfassen wird. das heißt, daß ihr Zielwert für Ende 1996 um 2 Monate länger beibehalten wird. Dafür hat die BASF zugesagt 1000 Leute befristet einzustellen, Personal, das bei Auftragsrückgang sofort auf die Straße gesetzt werden kann. Die übliche altersbedingte Fluktuation von 5 bis 6 Prozent oder bis zu 2500 Beschäftigte abgerechnet, stünden demnächst also Einstellungen an, rechnet der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Nickel vor (Rheinpfalz, 30.3.96). Unbefristete Verträge werden auf diesem Wege also fast zur Hälfte in befristete umgewandelt, und das noch zu 90–95 % des Tariflohns. Angeblich sollen wenigstens die 800 derzeit befristet beschäftigten Personen unbefristete Verträge bekommen.

Hier kann man keineswegs davon reden, daß hervorragende Profite zu nennenswerten Einstellungen führen. Es werden die Leute eingestellt, die die BASF aufgrund der inzwischen viel zu dünnen Personaldecke unbedingt braucht, um die Sicherheit zu gewährleisten und vor allem die Aufträge zu erfüllen. Zumal in der Bilanzpressekonferenz Ende März vom Vorstand deutlich gemacht wurde, daß erstmals wieder in diesem Jahr eine Aufstockung der Belegschaft möglich sei. Doch dafür braucht sich ein Konzern heutzutage nicht mehr kostenlos herablassen. So fügte Arbeitsdirektor Kley an: dazu seien auch „Gegenleistungen der Gewerkschaft“ in der laufenden Tarifrunde nötig. (Rheinpfalz, 27.3.96). Einstellungen sind unumgänglich geworden, aber die Beschäftigten sollen mit Lohnverzicht dafür bezahlen. Dem Erfinder des Bündnis-für-Arbeit-Konzepts sei gedankt.

Interessant ist, was in der Rheinpfalz dazu kommentiert wird: „Angenommen, die seit einiger Zeit an manchen Stellen der Gesellschaft unterschwellig spürbare Verteufelung von Konzernchefs als Arbeitsplatzvernichter und Gewinnmaximierer würde offen ausbrechen. Angenommen, ein Rekordgewinn in Zeiten einer Rekordarbeitslosigkeit löste eine neue Akzeptanzkrise aus. Dann hätte Deutschland ein ernsthaftes Standortproblem. Was hierzulande noch als düstere Fiktion wirkt, ist in den USA harte Realität (...) Beschäftigung war in der Marktwirtschaft nie eine betriebswirtschaftliche Zielgröße, sondern immer nur ein Resultat anderer Faktoren. Doch es gibt trotz aller kühler Kalkulation ein menschliches Maß für Gewinne einerseits und Beschäftigung andererseits. Die Großchemie in Deutschland bewegt sich an der Grenze dieses Maßes.“ (27.03.96) – (edc)

Die Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung, früher Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (KAZ-Fraktion), hat auf ihrem Frühjahrstreffen die Diskussion über ihre politische-organisatorische Perspektive fortgesetzt. Wir dokumentieren

die veröffentlichten Beschlüsse des Treffens und aus der Diskussion einen Beitrag, der für den Anschluß der Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung an die DKP wirbt. Der Vorschlag steht im Zusammenhang einer langjährigen und guten Zusammenarbeit der KAZ Gruppe mit der DKP an einigen Orten, namentlich in München. Was allerdings die DKP deren Satzung und Programmatik in der Tradition der „Vereinheitlichung“ steht, mit dem Angebot anfangen soll, bleibt unklar. Die DKP müßte ja eine organisierte und um eine Zeitung

gruppierte Tradition und Tendenz akzeptieren, wodurch die innerparteiliche Auseinandersetzung einen für die DKP neuen Charakter bekäme. Gerade der freundliche Betrachter der Entwicklung wartet mit Spannung auf die Reaktion der DKP.

Warum wir uns als westdeutsche Kommunisten der DKP anschließen sollten

Die KAZ-Fraktion gerät zunehmend in Widerspruch zur Organisiertheit

- der Kommunisten
- der sozialistischen Bewegung
- der antifaschistischen Aktionseinheit

Kommunistische Zirkel haben in bestimmten Entwicklungsperioden der revolutionären Bewegung eine Zeitlang eine Existenzberechtigung, entwickeln aber zugleich eine starke Tendenz, sich - allen Einheitsbeteuerungen zum Trotz - selbst zu verewigen. Das nenne ich kollektiven Individualismus, weil meines Erachtens ganz ähnliche Hemmnisse der Auflösung der eigenen Kleinstorganisation zugunsten der Vereinigung in einer großen Organisation entgegenzustehen scheinen, die einzelne daran hindern, sich überhaupt zu organisieren.

1 Ich schlage vor, daß sich der Arbeiterbund/KAZ-Fraktion auf seinem Frühjahrstagstreffen 1996 darauf einigt, daß er sich selbst für eine schnellstens zu überwindende Organisationsform hält.

Die Aufrechterhaltung unserer Existenz als Zirkel kann in der gegenwärtigen Situation des Klassenkampfes nicht vorantreibend wirken für die kommunistische Bewegung, die Einheit und Organisiertheit der Sozialisten oder die Arbeiterbewegung:

Durch die Aufrechterhaltung unserer selbständigen Existenz als Mini-Zirkel propagieren wir ständig, daß die unterschiedlichen politischen, ideologischen und theoretischen Vorstellungen, wie sie heute unvermeidlich unter den verbliebenen Sozialisten vorhanden sind, Zersplitterung und Desorganisation rechtfertigen oder sogar erfordern. Damit leisten wir letztlich sogar der unter westdeutschen Linken weitverbreiteten Haltung Vorschub, unorganisiert zu bleiben, da man zu jeder vorhandenen Organisation irgendwelche Widersprüche hat oder bekommen könnte.(1)

Daß der Arbeiterbund zu klein ist, um irgendeinen erkennbaren organisierten Einfluß auf die Entwicklung der Kämpfe der Arbeiterbewegung oder der demokratisch-antifaschistischen und Friedensbewegung nehmen zu können, mußten wir uns schon längst eingestehen. Ja, der Widerspruch zwischen unseren Möglichkeiten und den objektiven Notwendigkeiten führt viele unserer Mitglieder immer wieder an den Rand der Verzweiflung, die sich auf die unterschiedlichste Art und Weise äußert.

2 Gibt es einen eigenen unverwechselbaren Beitrag zur Entwicklung der Theorie, der politischen Linie und der Propaganda der Kommunisten dieses Landes, den der Arbeiterbund leisten kann und muß, und der die Exi-

stenz der KAZ-Fraktion als einer Fraktion der kommunistischen Bewegung mittelfristig erfordert und verlangt?

Dies wäre in etwa das Selbstverständnis, das sich mit der Wiederherausgabe der KAZ seit 1990 bei uns herausgebildet hat und auch von einer Reihe anderer Kommunisten, Revolutionären und Sozialisten, denen die KAZ nützt, anerkannt wird.(2)

Zeitweilig war dies nach 1989 auch ein passabler Grund für die Aufrechterhaltung unserer organisatorischen Eigenständigkeit: daß wir ausgehend von der Besonderheit der Theorie und Ideologie und der Erfahrungen, wie sie sich in über 20 Jahren Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD herausgebildet ha-

ben, unseren Beitrag zum „TROTZ ALLEDEM“ gegenüber dem deutschen Imperialismus und der Welt des Kapitals leisten, unser Standort in der verbliebenen sozialistischen und kommunistischen Bewegung bestimmen, unsere eigene Geschichte selbstkritisch überprüfen, die neu entstandene Situation einschätzen. Es ist nicht verwunderlich, daß dabei auch in unseren Reihen Widersprüche und Meinungsverschiedenheiten auftreten und daß wir erkennen können, daß sich allgemeine Widersprüche der kommunistischen Bewegung in besonderen Arbeiterbund-Widersprüchen zeigen.

Hier zeigt sich, daß wir auch bei der Entwicklung und propagandistischen

Umsetzung von politischer Linie (sowie bei der Organisierung von theoretischen Auseinandersetzungen) wiederum an Grenzen stoßen, die mit durch die Größe der Organisation bedingt sind. Vor allem läßt sich eine Organisation mit dem oben skizzierten Selbstverständnis nicht auf Dauer mit diesen konkreten Menschen, die in der KAZ-Fraktion organisiert sind, aufrechterhalten.(3)

Es ist also nicht möglich, über eine lange Frist die Entwicklung der Theorie zum Haupt-Daseinszweck eines Zirkels wie des Arbeiterbunds/KAZ zu bestimmen, zumal die Größe dieses Zirkels dann für Nebenaufgaben wenig Platz läßt. Und fünf Jahre, zumal einer so sprunghaften Entwicklung wie die letzten fünf Jahre, sind schon eine sehr lange Frist.

3 Hinzu kommt, daß wir ein Problem mit dem demokratischen Zentralismus haben:

Bei der Konstituierung der KAZ-Fraktion stellten wir den Grundsatz auf: Die Redaktion führt durch die Zeitung.

Dieser Grundsatz war sehr richtig in Abgrenzung zu während der Spaltungsmonate auf die Spitze getriebenen Partei-Spielereien im Arbeiterbund und erschien uns auch als eine nützliche und praxisorientierte Selbstbeschränkung.

Ich will auch nicht bestreiten, daß einige Diskussionen durch die KAZ vorangetrieben wurden und zu einem gewissen (stillschweigenden) praktischen Konsens in der Fraktion geführt haben.

Realistischer als „die Redaktion führt durch die Zeitung“ scheint mir allerdings die Formel „die Redaktion hält durch die Zeitung die Fraktion zusammen“. Das schließt eine gewisse Außenwirkung der Zeitung mit ein (ohne die die Organisation nicht zusammengehalten werden könnte); das bedeutet natürlich ein gewisses Maß an Orientierungshilfe und insoweit Führung – beschreibt aber auch die Grenzen der Führung.(4) Wir haben gesagt: Die Mitglieder der KAZ-Fraktion organisieren sich um die Zeitung. Realistischer ist: Das, was Mitglieder und Sympathisanten der Fraktion zusammenhält, ist die regelmäßig erscheinende, zu lesende, zu verkaufende und zu versendende KAZ.

Dieses Zusammenhalten ist und war wichtig angesichts der Gefahr von Resignation und Vereinzlung. Auf längere Sicht kann aber nicht einmal dieser Zusammenhalt aufrechterhalten werden, wenn er Selbstzweck wird, das heißt wenn er die Frage nach der Perspektive ver stellt.

4 Wie schon in dem KAZ-Beitrag von Genossin Erika Wehling-Pangerl (Nr. 275, S. 21) näher begründet, läßt sich heute die Hauptaufgabe der Kommunisten nicht mehr auf die Lösung „Für den Wiederaufbau der KPD“ zusperren.

Die nach 1989 entstandene Lage erfordert Umwege, damit sich die Arbeiterklasse unseres Landes wieder als politische Partei konstituieren kann.

Auch die heutige DKP ist eher ein Bund von Kommunisten, die sich den

Diskussionsbeitrag in KAZ Nr. 276, M.B.

Beschlüsse des Arbeitstreffens vom 30./31.03.1996 des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD (KAZ-Fraktion)

Nunmehr:

Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung

• Das Arbeitstreffen der KAZ-Fraktion sieht es für notwendig an, die Beziehungen zwischen beiden Teilen des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD zu normalisieren. Es wird beschlossen, daß die bisherige KAZ-Fraktion nicht mehr Fraktion des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD ist und den Namen „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ nicht mehr verwendet. Das Arbeitstreffen der KAZ-Fraktion sieht es für notwendig an, die Beziehungen zwischen beiden Teilen des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD zu normalisieren. Es wird beschlossen, daß die bisherige KAZ-Fraktion nicht mehr Fraktion des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD ist und den Namen „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ nicht mehr verwendet.

Diese Namensänderung ist ausschließlich formal und dient ausschließlich der Herstellung normaler Beziehungen. Sie hat keine inhaltliche Bedeutung, weder bezüglich unserer Vergangenheit, noch bezüglich der Zielstellung „Wiederaufbau der KPD“.

Wir würden es begrüßen, wenn die Genossen des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD ihrerseits einen Schritt zur Normalisierung unseres Verhältnisses und zur Klarheit unter den Massen machen würden, und den Namen „Kommunistische Arbeiterzeitung“ in ihren Publikationen nicht mehr verwenden.

• Als neuer Name wird die Bezeichnung „Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung“ verwendet.

• Die Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung sieht sich in der Tradi-

tion des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (früher Arbeiterbasisgruppen).

• Die Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung ist sich des Problems bewußt, daß die Zielsetzung „Für den Wiederaufbau der KPD“ auf Westdeutschland berechnet war, und mit KPD gemeint war die Partei, die in der BRD gewirkt hat und nach dem Scheitern der Vereinigung von SPD und KPD in Westdeutschland organisatorisch getrennt von den Kommunisten in der DDR wirken mußte. Die Einverleibung der DDR hat die Frage der kommunistischen Organisierung zu einem Problem der Einschätzung der nationalen Frage gemacht. Die Lösung „Für den Wiederaufbau der KPD“ hat ihre eindeutige und umißverständliche Aussage, sich auf Westdeutschland zu beschränken, verloren, und ist nicht mehr geeignet, unser organisatorisches Ziel darzustellen.

Als problematisch sehen wir auch, daß die Lösung offenbar so verstanden werden kann, daß wir den Genossen der DKP aberkennen wollen, Kommunisten zu sein.

Das Arbeitstreffen wählt eine Kommission aus seiner Mitte, die die Aufgabe hat, dem nächsten Arbeitstreffen einen Vorschlag vorzulegen, wie mit der Lösung „Für den Wiederaufbau der KPD“ weiter verfahren werden soll. Im Rahmen dieser Aufgabe wird die Kommission beauftragt, Kontakt mit der einzigen Organisation aufzunehmen, die mit der gleichen Lösung wie wir ihre organisatorische Zielsetzung darstellt und mit deren Genossen wir über 20 Jahre organisatorisch und politisch vereint waren. Ziel dieser Kontaktaufnahme soll eine Konsultation über die Lösung „Für den Wiederaufbau der KPD“ und die damit verbundenen Probleme sein. Die Kommission hat über die Kontaktaufnahme und die Konsultation dem nächsten Arbeitstreffen Rechenschaft abzulegen.

Das Herbst-Arbeitstreffen der KAZ-Gruppe findet am 26./27. Oktober 1996 im Raum Heidelberg statt. Auch Interessierte Nicht-Mitglieder können teilnehmen. Anmeldung bei der KAZ-Redaktion, Schwanthalerstr. 139, 80330 München. Kosten für Unterkunft und Verpflegung 50 DM.

Wiederaufbau der Kommunistischen Partei zum Ziel gesteckt haben, als daß sie bereits als Partei der Arbeiterklasse wirken könnte. Als ersteres aber ist sie zweifellos die bedeutendste kommunistische Organisation in Westdeutschland.

So schwierig es heute ist, und so viele Kontroversen es geben mag über die Wege und Umwege, damit die Arbeiterklasse wieder über eine Partei verfügt, die sowohl Teil der Klasse (mit tiefen Wurzeln in den Massen) ist als auch durch wissenschaftliche Einsicht in die Bewegungsgesetze des Klassenkampfes die Aufgabe der Vorhut übernehmen kann, folgendes sollte unstrittig sein:

- Die verbliebenen (westdeutschen) Kommunisten, die über eine gemeinsame Geschichte und gemeinsame Erfahrungen verfügen(5), sollten sich organisatorisch vereinigen. Dies muß über die Aktionseinheiten hinausgehen, die sich seit 1989 relativ problemlos entwickelt haben.

- Es geht darum, die Propaganda der Organisiertheit praktisch zu machen, es geht darum, selbst zu dem bereit zu sein, was wir von anderen verlangen – die eigene Meinung, die eigenen Erfahrungen, Traditionen, Fragestellungen und Interessen in ein größeres Ganzes einzubringen und bereit zu sein, sich diesem auch unterzuordnen.
- Es geht darum, daß wir nur organisiert von den Massen als politischer Faktor wahrgenommen werden.
- Es geht darum, daß wir nur organisiert gegenüber den gefährlichen Angriffen der Bourgeoisie bestehen können.
- Es geht darum, daß wir nur gemeinsam und organisiert unsere wissenschaftliche Theorie wieder auf die Höhe der Zeit bringen können.
- Es geht darum, daß die Kommunisten nur gemeinsam und organisiert zur Einheit und zur Stärkung der sozialistischen Bewegung in diesem Land beitragen können.(6)

5 Der Arbeiterbund/KAZ sollte deshalb meiner Ansicht nach beschließen,

- die Diskussion in den eigenen Reihen darauf zu konzentrieren und mit der DKP in Gespräche einzutreten,
- daß und wie wir die KAZ-Faktion als eigenständigen Zirkel auflösen und unsere Mitglieder und Freunde dazu auffordern, der DKP beizutreten.

Die Weichen sollten wir jetzt (möglichst auf dem bevorstehenden Arbeitstreffen) und in eigener Entscheidung stellen. Ein überschaubarer Zeitraum wird erforderlich sein, um offene Fragen zu klären und Überzeugungsarbeit gegenüber den Lesern unserer Zeitung und Gruppen von Genossen, die sich in ähnlicher Lage wie wir befinden, zu leisten.(7)

Die verbleibende Frist dient weiterhin der Regelung von Verpflichtungen (z. B. materielle Absicherung von Freigestellten) und der Erarbeitung einer gemeinsamen Erklärung und Begründung, mit welchen Bestrebungen wir in die DKP

Fußnoten:

- 1) Es gibt immer noch eine ganze Reihe unserer engsten politischen Weggefährten, die wir nicht für eine Mitgliedschaft im Arbeiterbund/KAZ-Faktion gewinnen können. Offenbar überwiegt bei ihnen die Angst vor den persönlichen Opfern, die Organisiertheit bedeutet (Unterordnung, Disziplin, Konfrontation mit politischen Auseinandersetzungen, denen man sich u.U. nicht gewachsen fühlt) gegenüber der Einsicht in die Notwendigkeit der Organisiertheit gegenüber dem Klassenfeind und dem Kraftzuwachs, den sie mit sich bringt. Aber verhält es sich nicht ganz ähnlich mit der Sorgsamkeit, mit der wir unsere Zirklexistenz gegenüber der Organisiertheit der kommunistischen und sozialistischen Bewegung zu verteidigen trachten?
- 2) Diese Anerkennung und Zustimmung hat aber meistens wieder keine organisierten Konsequenzen, zumal wir es aus guten Gründen ablehnen, die KAZ-Faktion auf Kosten anderer kommunistischer und revolutionärer Organisationen zu stärken und uns als westdeutsche Organisation nicht organisatorisch auf das Gebiet der früheren DDR ausbreiten wollen.
- 3) Denn es ist ja nicht etwa so, daß sich die Genossinnen und Genossen organisiert haben, um theoretisch zu arbeiten und dies in der Arbeit an einer Zeitung umzusetzen. Sondern sie waren 1989/90 bereits bei den Kommunisten organisiert, wollten und wollen die Arbeiterbewegung durch ihren Einsatz in Betrieb und Gewerkschaft vorantreiben, suchen organisierten Rückhalt für ihr Engagement in demokratisch-antifaschistischen Bewegungen und Initiativen, verbreiten den Kommunismus durch Gesänge etc. In all dem steckte nichts Abwertendes oder Unberechtigtes, sondern Organisiertheit besteht gerade zu einem gut Teil darin, daß Menschen unterschiedlichster Fähigkeiten, Erfahrungen und Neigungen qualitativ und quantitativ unterschiedliche Beiträge zu einer großen Sache leisten.
- 4) Es fällt uns offenbar sehr schwer, in wichtigen ideologischen und theoretischen Fragen zu Beschlüssen zu gelangen, welche Positionen wir gemeinsam durch die KAZ und mit anderen Mitteln der Agitation und Propaganda unter den fortschrittlichen Menschen, die wir erreichen können, verbreiten wollen. Das wird vor allem an den Kontroversen in der KAZ deutlich, die in der Luft hängen bleiben. Es gilt sowohl für die KAZ-Faktion insgesamt, wie für die Redaktion ihres leitenden Kollektivs. Weder erwächst auf der Basis der Programmatik des Arbeiterbunds und gemeinsamer Erfahrungen dieser Organisation spontan eine Einigkeit über die vor uns liegenden Aufgaben, noch gelangen wir zu Mehrheitsentscheidungen. Letzteres ist kein Wunder, da niemand eine erneute Spaltung riskieren kann und möchte. Die Prinzipien der Unterordnung des einzelnen unter die Mehrheit stehen auf wackeligen Beinen, wenn sie sich auf einen Zirkel beziehen, der selbst nur eine verschwindende Minderheit einer größeren Bewegung darstellt. Sie lassen sich eben kon-

sequent nur im Rahmen der Organisiertheit der Bewegung verwirklichen. Wenn man aber nicht bereit ist, sich etwa in einem gemeinsamen organisatorischen Rahmen mit den Genossen der DKP der Mehrheit unterzuordnen, warum sollte man im Rahmen der KAZ-Faktion dazu bereit sein?

5) Wir und die DKP verfügen in der Tat über gemeinsame Erfahrungen, da wir in den letzten Jahrzehnten versucht haben, uns im Klassenkampf in Westdeutschland gegen den deutschen Imperialismus zu behaupten und als Kommunisten in den Massen zu verankern. Bei allen Differenzen und allem organisierten Gegeneinander nenne ich das eine gemeinsame Geschichte, zumal insbesondere der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD sich von Anfang in besonderer Weise auf die DKP bezogen hat.

6) Konkret meine ich, daß wir uns in einer Klassenkampfsituation befinden, in der der Begriff „Einheit der Sozialisten“ etwas Richtiges und Notwendiges ausdrückt. Kommunistische Parteien und Organisationen sollten ihre eigene Stärke nicht in kleinlicher Konkurrenz oder auf Kosten der PDS betreiben. Das gilt auch für den Westen, wo es im Interesse der Entwicklung der Arbeiterbewegung liegt, die Akzeptanz der PDS unter den Massen zu erhöhen. Darüber hinaus scheint mir noch großer Diskussionsbedarf auch in der DKP zu herrschen. Sieht man die Situation realistisch, so müssen wir die Existenz einer Strömung von Sozialisten begrüßen, auch wenn sich Teile davon vom wissenschaftlichen Sozialismus (Kommunismus) abgrenzen. Die Kommunisten sind Teil der sozialistischen Bewegung und leisten ihren eigenen Beitrag zu deren Stärke.

7) Dies betrifft Genossen in Westdeutschland. Ich halte es nach wie vor für falsch, Kommunisten in der früheren DDR zu ermutigen, die PDS zu verlassen. Eine Spaltung oder Zerbröckelung der PDS würde nur dem Klassengegner nutzen. Es müssen andere Wege der solidarischen Verbundenheit und des Zusammenwirks mit den Kommunisten in der PDS gefunden werden.

8) Westdeutsche Kommunisten sollten, ohne ihr Wissen und ihre Überzeugungen zu verleugnen, mehr darüber nachdenken, welche Rolle die PDS für die Einheit der Arbeiterbewegung und anderer fortschrittlicher Bewegungen spielt. Sie hat zwar ihre Massenbasis in der früheren DDR, ist jedoch ein fortschrittlicher Faktor der Politik in ganz Deutschland. Die Angriffe auf sie sind antikommunistisch und antideutsch motiviert, weshalb wir sie als Kommunisten im Westen nicht nur gegen die Angriffe von Reaktion und Staatsapparatur, sondern auch gegen rückständige Meinungen in den Massen verteidigen müssen.

9) Wenn wir Mitglieder der DKP werden, kann jedenfalls nicht einfach die heutige KAZ-Faktion organisatorischer Unterbau der KAZ bleiben. Ich halte das weder für praktisch durchführbar noch für politisch korrekt. Es würde dem Grundgedanken dieser Thesen widersprechen, wenn die KAZ zu einem fraktionellen Organ der dann doch indirekt fortbestehenden KAZ-Faktion würde.

Klassenbrüder gestellt haben. Sie reicht hinein bis in die antifaschistische, antimilitaristische und sozialistische Bewegung. Man kann deshalb heute auch die Kommunisten in Ost und West nur auf der Basis der vollständigen Anerkennung der Unterschiede und Widersprüche vereinen, d.h. nicht unter dem Dach eines einheitlichen demokratischen Zentralismus. Besonders problematisch scheint mir in diesem Zusammenhang eine bloße Ausdehnung westdeutscher Organisationen in den Osten.

Weiterhin lehrt nicht nur die Erfahrung des Arbeiterbunds bei seinen Bemühungen um den Wiederaufbau der KPD, daß man den kommunistischen Parteaufbau nicht losgelöst von der Entwicklung der Arbeiterbewegung betrachten und betreiben kann. So gilt heute, daß die verbliebenen Kommunisten vor allem bei sich selbst die Kontinuität des wissenschaftlichen Sozialismus wahren und ihn dazu wieder auf die Höhe der Fragen ihrer Zeit bringen müssen, ehe sie die Differenzen mit anderen sozialistischen Strömungen in den Vordergrund der politischen Auseinandersetzung stellen können. Die Solidarität der insbesondere im Westen schwachen sozialistischen Kräfte muß mit allem Engagement, zu dem Kommunistenfähig sind (und mit den guten Argumenten, die sie kraft ihrer wissenschaftlichen Weltanschauung entwickeln können), gefördert werden.(8) Denn nur die Sozialisten, die bei allen Unterschieden und Widersprüchen in Argumenten und Zukunftsvorstellungen den Kapitalismus mit seinen heutzutage nicht für das Ende der Geschichte und das Maß aller Dinge halten, können den Kern der bitter notwendigen Aktionsgemeinschaft gegen soziale Deklassierung, Kriegskurs, Abbau der bürgerlichen Demokratie und faschistische Gefahr bilden. Sie können und müssen den Kern einer solchen Aktionseinheit bilden, die auch im Interesse von Sozialdemokraten und Grünen liegt. Um diese Kräfte muß gekämpft werden – die Kritik an ihnen muß der Herstellung der Einheit gegen den gemeinsamen Feind, die offene Reaktion und ihre Hintermänner dienen, die um des Profits willen über Leichen gehen.

7 Man muß in der Diskussion die Frage nach der Zukunft der Kommunistischen Arbeiterzeitung von der Frage nach der Zukunft der KAZ-Faktion trennen. Wenn insbesondere heute nicht im Arbeiterbund/KAZ organisierte Genossen die Auffassung vertreten, daß die KAZ nützlich oder sogar notwendig für die kommunistische Bewegung ist (und wenn wir selbst zu diesem Schluß kommen), so muß dafür ein organisatorischer Rahmen gefunden werden, der von der DKP akzeptiert wird und mit der heutigen KAZ-Faktion des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD weder identisch sein muß noch soll.(9)

27./28. April, 14 bis 14 Uhr

„Der Bürger ist out – es lebe der Kunde“ ?

Seminar der Redaktion Informationsblatt Linke Kommunalpolitik über konkret laufende Modelle zur Verwaltungsreform

Das Seminar findet im Hotel Hermannstein 12, Schneppenthal (Thüringen) statt. Vollpension: 62,- DM

Anmeldung
baldmöglichst bei Bernhard Feuling,
Paulstr. 13, 69469 Weinheim / Borgstraße

TERMIN

20.4.: Die Landes-AG gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (Volksfront) Baden-Württemberg berät über ihre Arbeit in Stuttgart, 15-18 Uhr im Naturfreundehaus Fuchsrain.

27. 4.: Die Anti-AKW-Initiativen rufen am zehnten Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zu sechs Demonstrationen auf. Biblis: 13 Uhr ab Kirchplatz. Krümmel: 11.30 Uhr ab Geesthacht Post. München: 12 Uhr ab Rotkreuzplatz. Ahaus: 12 Uhr ab Rathausplatz. Magdeburg: 11 Uhr ab Zentraler Platz. Wyhl: 15 Uhr ab Münsterplatz, Breisgau.

3.-5.5.: Berlin. Tagung „Frieden denken - Frieden leben“ zum 25. Bestehen der Zeitschrift „Antimilitarismus informationen (ami)“, Kontakt: ami, Elssholzstr. 11, 10781 Berlin, Tel./Fax: 030/2151035

5.: Volksabstimmungen in Berlin und Brandenburg über die „Länderfusion“

11.5.: Der Vorstand der Bundeskonferenz BWK tagt in Köln

8.-15.5.: bundesweit: Aktionstage „Bundesrepublik ohne Arme“, Kontakt: DFG/VK By, Alte Allee 48, 81245 München, Tel.: 089/8342693, Fax: 089/8341518

16.-19.5.: Heidelberg: 20. Bundeskongress Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Kon-

takt: BuKo, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040/393156, Fax: 040/3907520

26.5.: Bundesweite Demonstration gegen den Abschiebekasten Büren (NRW), 12 Uhr ab Abschiebekasten. Infos: Cordula, Projektbericht „Eine Welt“, c/o AstA, Warburger Str. 100, 33098 Paderborn, Tel. 05251-603174

1./2.6.: Braunschweig: Bundeskongress der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschisten (VVN/BdA)

Juni: a.o. DGB-Jugendkongress, u.a. mit Beratung über den Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogramms.

1.6.: 4. Linkes Medienspektakel in Suhl (Thüringen). Kontakt: PDS Suhl, AG Linkes Me-

Außenpolitik in pangermanischer Tradition

Der „Verein für das Deutschtum im Ausland“
von Reinhard Hildebrandt

Bild: 1938, Angehörige des faschistischen „Sudetendeutschen Freikorps“ rücken in die Grenzgebiete der Tschechoslowakei ein. – Grundstock der deutschen Freikorps, die überall im Osten wüteten, waren Weltkrieg-I-Offiziere aus den Armeen der verbündeten deutschen und österreichischen Kaiser. Heute bildet die Bundeswehr schon wieder „Deutsche“ aus Polen aus.



Der „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) erhielt 1994 aus der Bundeskasse 24 Mio DM und wurde auch 1995 mit zweistelligen Millionenbeträgen gefördert. Die Bundesmittel wurden u.a. verwendet zur „Förderung deutscher Minderheiten in osteuropäischen Ländern“.

Der VDA bezieht sich in all seinen Publikationen auf seine „über 100jährige Tradition“. Die Zeit des Faschismus wird dabei bagatellisiert, bzw. verklärt. Verschwiegen wird, daß Hitler die Auslandsdeutschen als Vorwand für eine Machtpolitik benutzte, die ganz Europa bedrohte. Die Geschichte des VDA begann nach seinem Selbstverständnis im Jahr 1880 mit der Gründung des „Deutschen Schulvereins“. Das war der Anfang der sog. „Schutzaarbeit“, die sich vom Ursprungsort Südtirol sehr rasch in die verschiedenen danach entstandenen Vereine ausbreitete. 1908 wurde der „Allgemeine Deutsche Schulverein“ umbenannt in „VDA – Verein für das Deutschtum im Ausland“. Der VDA war in der Weimarer Republik Sammelbecken „großdeutscher“ Kräfte. 1933 wurde der VDA als „Volksbund für das Deutschtum im Ausland“ im Sinne des NS-Staates tätig, er leistete in ganz Europa Untergrundarbeit. Deshalb wurde er 1945 von den Alliierten verboten. In den 50er Jahren erfolgte jedoch durch alte Nazi-Funktionäre seine Wiedergründung. Mit einer Namensänderung in „VDA - Gesellschaft für Deutsche Kulturbewegung im Ausland“ hoffte man, die faschistische Vergangenheit abzustreifen. Wegen der NS-Belastung des Namens VDA hatte das Auswärtige Amt ab Ende 1958 keine Bedenken mehr. Die Vereinigung nannte sich wieder, bis 1970, „Verein für das Deutschtum im Ausland“. Seit der Würzburger Mitgliederversammlung 1972 nennt sich der „alte“ VDA jetzt erneut „VDA - Gesellschaft für deutsche Kulturbewegungen im Ausland“. 1975 erschien in der rechtsextremen Zeitschrift „Nation Europa“ ein Aufruf zur Mitgliedschaft im

VDA. Ende der 80er Jahre, mit dem Zusammenbruch der Staaten des Warschauer Paktes, erfuhr der VDA sowohl inhaltlich wie auch finanziell große Aufwertung. Der VDA-Kongress „Deutsche in aller Welt“ im Herbst 1989 wird zu einem großen, medienwirksamen aufbereiteten Spektakel, als dessen Schirmherr Bundeskanzler Kohl firmiert. Bei der parallel stattfindenden Mitgliederversammlung wird u.a. der Parlamentarische Staatssekretär im BMI, Horst Wafenschmidt, der 1988 zum Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedler ernannt wurde, in den VDA-Verwaltungsrat gewählt. In den folgenden Jahren liegen die Schwerpunkte der Aktivitäten des VDA auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR. Im April 1992 wird bekannt, daß der VDA u.a. Verbindungen zur Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, zur „Pan-europa-Union“, zum „Witiko-Bund“ und zur „Deutschlandstiftung e.V.“ unterhielt bzw. unterhält, ebenso, daß einschlägig bekannte Rechtsextremisten im VDA Mitglied waren bzw. sind. Der VDA ist notorisch nationalistisch. Dabei geht es nicht um ein paar ewiggestrige „Deutschstümmer“, sondern um ihre Auftraggeber im Innen- und Außenministerium. Neben dem VDA gibt es noch die „Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen“ und die „Hermann-Niermann-Stiftung“. Alle drei sind personell eng verflochten und betreiben in Nachbarstaaten der BRD Minderheitenpolitik. Besonders die „Niermann-Stiftung“ – geführt von zwei Ministerialbeamten im Referat K II 5 des Bundesinnenministeriums – erregte 1995 in Belgien Aufsehen, weil ihr die Finanzierung separatistischer Aktivitäten nachgewiesen wurde. Das Europa-Konzept der deutschen Außenpolitik setzt auf die ethnische Parzellierung des Kontinents. Mit dem Begriff „Region“ wird versucht, staatliche Grenzen zu unterminieren. Pangermanische Aktivitäten und ihre Koordination durch staatliche Stellen erfolgten in den letzten 15 Monaten u.a.

in Kaliningrad („Königsberg wird aufgekauft“), in Tschechien (Rede des bayrischen Ministerpräsidenten Stoiber auf dem 46. Sudetendeutschen Tag: „Unser Land soll größer werden!“), in Belgien und im Elsaß, in Italien („Südtirol soll heim ins Reich“).

Die Volkstumsarbeit des VDA war in den unterschiedlichsten geschichtlichen Etappen wichtig für die kriegerische Expansionspolitik. Heute ist die Kontinuität revanchistischer Politik gewährleistet vor allem durch die vielen Querverbindungen herausragender VDA-Aktivisten zu den Vertriebenenverbänden. Gegenwärtig spielt der VDA eine gewichtige Rolle als beständiger Wegbereiter für bundesdeutsche Kapital-Interessen im Ausland. Der niedersächsische VDA-Landesverbandsvorsitzende Schunke erklärte Anfang 1989: „Namhafte deutsche Großunternehmen mit Auslandsbeziehungen fördern auch aus wirtschaftlichem Eigeninteresse unsere Tätigkeiten. Die deutschen Minderheiten im westlichen wie im östlichen Ausland gehören in der Regel zu den kulturell und wirtschaftlich einflussreichen, zumindestens jedoch beachtenswerten Bevölkerungsschichten. Dies ist auch aus Gründen des Exportinteresses von Bedeutung.“ Wieder einmal „Deutschland, Deutschland über alles“, von Maastricht bis an die Memel?

Für Hintergrundinformationen sind zu empfehlen: „Organisationsprofil VDA“, Herausgeber LUPE e.V., Berlin 1993. W. von Goldendach / H.-R. Minow: „Deutschtum erwacht“, Berlin 1994. „revanchismus & krieg“, Beilage der Tageszeitung junge welt, 7. Februar 1996.

Der Text ist erschienen in den Friedensblättern. Die Friedensblätter sind das Magazin der Friedensbewegung in Baden-Württemberg. Sie erscheinen fünfmal im Jahr; das Abonnement kostet 25 Mark. Probeexemplare und Abos können angefordert werden bei:

Friedensnetz Baden-Württemberg, Rosenbergstr. 45, 70176 Stuttgart, Fax-Nr. 0711 / 6369009

dienstsp., 98527 Suhl, Tel./Fax 03681-28562

3.6.: NATO-„Frühjahrstagung“ in Berlin.

7. bis 9.6.: FDP-Bundesparteitag in Karlsruhe mit Beschuß über das neue Grundsatzprogramm

14.-16.6.: Erfurt: Kommunalpolitischer Kongress von Bündnis 90/Grüne in Erfurt

14.-16.6.: Ort noch unbekannt: Bundestreffen der Föderation der Gewaltfreien Aktionsgruppen (FöGA), Kontakt: FöGA, Graswurzelwerkstatt, Scharnhorststr. 6, 50733 Köln, 0221/765842, Fax 0221/765889

16.6.: Präsidentschaftswahlen in Rußland

26./27.6.: G-7-Gipfel in Lyon, Frankreich.

1.-4.8.: „Sommertreffen“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen. Näheres bei BAG-SHI, Moselstr. 25, 60329 FFM, Tel. 069/250030, Fax: 069/235584.

1.-4.8.: Schnepfenthal: Sommerkurse der „Linken Schule“ in Schnepfenthal, Thür.

14.8.: In Lüneburg beginnt der Prozeß gegen die Göttinger „Autonome Antifa“ (17 Angeklagte) wegen angeblicher Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung“ (\$129 StGB)

14. 9.: Der Vorstand der Bundeskonferenz BWK tagt in Köln

15.9.: Kommunalwahlen in Niedersachsen

28.9.-4.10.: Stuttgart: Gewerkschaftstag der ÖTV

25.-27.10.: Nürnberg: IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“ - 50 Jahre nach den Nürnberger Ärzteprozeß, Infos: IPPNW-Kongreßbüro, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6038166

12./13. 10.: Herbsttagung der Bundeskonferenz BWK in Köln

Nov.: Präsidentschaftswahlen in den USA

14.-16. 11.: a.o. DGB-Bundeskongress in Dresden mit Beschuß über ein neues Grundsatzprogramm

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
– erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: GNN-Berlin, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Stasche (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzter; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stasche; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“. Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln,

Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73.

Konto: Postgiroamt: Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41. Hamburg: GNN-Verlag, Palmalle 24, 22767 Hamburg,

Tel. 040/38 13 93, Fax: 040/38 93 31. Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 0511/458 37 93 Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73. München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089/502 81 12.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/6 57 11, Fax: 034204/6 58 93. Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Politische Berichte – zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)

im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).

Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

BankUnterschrift

Die Zeitmaschine

Bad Frankenhausen in Thüringen. Heute ein verschlafenes Städtchen von ca. 10000 Einwohnern am Südhang des Kyffhäusergebirges. Bekannt und beliebt als Kurort, insbesondere für Kinder, bei Erkrankungen der Atemwege, des Bewegungsapparates und der Haut. Dieselben Solequellen, die die Grundlage für den seit 1818 laufenden Kurbetrieb bilden, machten vor weit mehr als 500 Jahren Frankenhausen zu einer wichtigen Stadt Thüringens, einer Salzstadt, in der die „Pfänner“, die bürgerlichen Inhaber der Salzstiegsfannen, und ihre „Salzknechte“ eine bedeutende Rolle spielten. Es war daher kein Zufall, daß Frankenhausen Anfang des 16. Jahrhunderts zu den Zentren der anti-

feudalen Bewegung gehörte, daß die Einwohner mehr als anderswo den radikalen Flügel dieser Bewegung unterstützen und daß die Umgebung der Stadt am 14./15. Mai 1525 zum Schauplatz der letzten großen Schlacht des deutschen Bauernkrieges wurde. Die Schlacht endete mit einer vernichtenden Niederlage der Aufständischen auf dem Frankenhausener Hausberg. Sechtausend wurden von den fürstlichen Söldnern niedergemetzelt. Bis heute heißt die Schneise, durch die man zu Fuß zur Stadt hinuntersteigt, die „Blutrinne“. Auf der Kuppe des Berges, der seit damals Schlachterberg heißt, steht heute ein weithin sichtbarer Rundbau. Es ist die

ihr momentan die Oberhand über alle andern Fraktionen der Bewegung bekam.“

Thomas Münzer steht im Zentrum von Tübkes Darstellung der historischen Schlacht. Über ihm ein sog. Halo – eine kreisförmige, regenbogenfarbene Lichtspiegelung, deren Auftreten über dem Schlachterberg an diesem Tage verbürgt ist – und darin die Gestalt jenes sagenumwobenen Ikarus, der sich Flügel baute, um zu fliegen, und abstürzte, als er der Sonne zu nahe kam. Münzer steht da im schwarzen Gewand des Predigers, die Bundschuhfahne gesenkten, den Blick schmerzvoll auf das Getümmel der Schlacht gerichtet, die er verloren weiß. Neben ihm spielt der Tod, auf einem Baumstumpf sitzend, Dudelsack. Aus Münzers ruhiger, ungebrochener Haltung, seinem energisch vor dem Körper angewinkelten rechten Arm läßt sich ablesen, daß seine Überzeugung von der Gerechtigkeit seiner Sache unerschüttert ist. Er weiß, daß seine Zeit noch nicht gekommen ist, aber sie wird kommen, trotz alledem.

Wie alle damaligen oppositionellen Bewegungen war auch Münzers „Sa-

Bauernkriegsgedenkstätte mit dem Monumentalbild „Frühbürgerliche Revolution in Deutschland“ des Dresdner Malers Werner Tübke. Den Auftrag für das riesige Rundbild – mit 14 x 123 m eins der größten der Welt – erteilte die DDR-Regierung 1974. Das Gemälde wurde 1987 fertiggestellt, die Gedenkstätte im September 1989 eingeweiht. Hommage an eine besiegte Revolution, deren Sieg der deutschen Geschichte eine bessere Richtung gegeben hätte ...



Astrologische Weissagung auf das Jahr 1524. Flugblatt Nürnberg, 1523

che“ der Form nach eine Auseinandersetzung über theologische Fragen – „Ketzerei“. Und wie alle damaligen Ketzer – auch die bürgerlichen – wandte er sich gegen das Papsttum und den Klerus mit ihrer stets wachsenden Gier nach Macht und Geld. Doch er blieb dabei nicht stehen, sondern „forderte die sofortige Herstellung des Reiches Gottes, des prophezeiten Tausendjährigen Reichs auf Erden, durch Zurückführung der Kirche auf ihren Ursprung und Beisetzung aller Institutionen, die mit dieser angeblich urchristlichen, in Wirklichkeit aber sehr-neuen Kirche in Widerspruch standen. Unter dem Reich Gottes verstand Münzer aber nichts anderes als einen Gesellschaftszustand, in dem keine Klassenunterschiede, kein Privateigentum und keine den Gesellschaftsmitgliedern gegenüber selbständige, fremde Staatsgewalt mehr bestehen. Sämtliche bestehende Gewalten, sofern sie sich nicht fügen und der Revolution anschließen wollten, sollten gestürzt, alle Arbeiten und alle Güter gemeinsam und die vollständigste Gleichheit durchgeführt werden.“ (Engels)

Wie soll man ein solches Programm,

das „an den Kommunismus streift“ (Engels), bildhaft darstellen? Tübke zeigt uns Thomas Münzer links neben – also vor – der Schlachtszene ein zweites Mal. In der noch winterlichen Landschaft predigt er dem einfachen Volk. Neben ihm schwebt in Höhe seines Kopfes ein großer, hellblau-durchsichtiger Fisch und läßt über das letzte Stück schneedeckten Bodens eine Sintflut niedergehen, in der eine Stadt versinkt. In dem durchscheinenden Leib des Fisches aber ist klein der neue Mensch erkennbar, er ist nackt, also gleich. Tübke fand das hier verwendete Fischmotiv als Titelholzschnitt einer Flugschrift von 1523, in der Astrologen aufgrund einer bevorstehenden seltenen Planetenkonstellation im Sternbild des Fisches (Februar 1524) den Weltuntergang voraussagten. Unter dem Fisch, kaum erkennbar im Schnee, ein aufrecht stehendes weißes Ei, Symbol des noch im untergehenden Alten keimenden, häufig zunächst nur bei sehr aufmerksamen Hinsehen erkennbaren, neuen Lebens.

Wie lange noch?

Eine der eindrucksvollsten unter den vielen weiteren, ebenso phantastischen wie phantasievollen, Szenen des Panoramas (dies umfaßt insgesamt mehr als 3000 Figuren) ist die „Verkündigung“. Auf einem Hügel, über dem eine aufrissende, schillernde Seifenblase mit der alten, scheibenförmigen Welt im Innern schwebt, verkündigt ein Engel einem nicht genauer charakterisierten (meist als „Bauer“ beschriebenen) Mann des Volkes seine Aufgabe. Sie besteht darin, der Welt ihre neue, kugelförmige Form zu geben und zu verwirklichen, was bislang nur eine Vision des biblischen Sehers Jeremiah ist: die Durchführung eines Strafgerichts über die Feudalherren, durch welches diese von ihren hohen Rössern gestürzt werden und dem göttlichen Zorn verfallen. Auch für die Darstellung dieser „Vision“ hat Tübke einen Holzschnitt aus dem Jahre 1530 verwendet.

Der Adressat der Verkündigung weicht jedoch voll Schrecken vor der gestellten Aufgabe zurück. Die Prophezeiung Jeremiahs bleibt eine Vision, die feudale Spuk geht weiter – wie lange noch?

„Wir können dir die Welt nur zeigen, wie sie ist; deine Schlüsse daraus mußt du selber ziehen“, scheint am Ende oder am Anfang – des Rundbildes der weise Narr dem Betrachter zu sagen.

Dem sei nichts hinzugefügt als mein Dank an den Freidenker-Verband, mit dessen Stuttgarter Gruppe ich über Ostern nach Frankenhausen fahren konnte.

Den Beitrag erhielten wir von der Redaktion der Kommunistischen Arbeiterzeitung KAZ, in der er ebenfalls erscheint.

